

Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

INHALT:

Editorial	Seite 184
GI Aktuell	Seite 184
GI Leitsätze	Seite 187
Fristenorganisation Berufungsbegründungsfrist / Organisationsanweisung / Einzelanweisung (BGH, Beschl. v. 27.3.2001 - VI ZB 7/01)	Seite 188
Fristenkontrolle Allgemeine Weisung: Berufungsbegründungsfrist / Vorläufige Fristen (BGH, Beschl. v. 9.1.2001 - VIII ZB 26/00)	Seite 190
Notarhaftung Ungesicherte Vorleistungen / Sicherungszweckerklärung / Überholende Kausalität / Vermutung beratungskonformen Verhaltens (BGH, Urte. v. 13.4.2000 - IX ZR 432/98)	Seite 192
Honorar des Steuerberaters Aufrechnung mit Honoraranspruch / Zweckgebundene Treuhandgelder / Lohnabrechnung / Sozialversicherungs- meldung / Sozialversicherungsprüfung (OLG Düsseldorf, Urte. v. 10.2.2000 - 13 U 147/99)	Seite 197
Wissentliche Pflichtverletzung des Notars Versicherungsschutz / Treuhandauftrag / Persönliche Prüfung (OLG München, Urte. v. 14.12.1999 - 25 U 2854/99)	Seite 201
Steuerberaterhaftung Steuersparberatung / Darlegungslast / Herausgabe von Mandantenunterlagen (OLG Koblenz, Urte. v. 10.7.1999 - 5 U 1770/98)	Seite 202
Honorar des Steuerberaters Bindung an Rahmensatz (AG Duisburg-Ruhrort, Urte. v. 4.8.2000 - 8 C 301/99)	Seite 207
GI Hinweise	Seite 208



Editorial

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

zwei aktuelle Entscheidungen des BGH zur Fristenkontrolle und Büroorganisation:

Hat der Rechtsanwalt die **Fristenkontrolle** im Büro **ordnungsgemäß organisiert**, kann ihm auch ein „**Doppelfehler**“ des zuverlässigen, überwachten Personals nicht zugerechnet werden.

Hat der Anwalt demgegenüber bereits **keine ordnungsgemäße Büroorganisation geschaffen**, entlastet ihn eine spätere – nicht beachtete – **Einzelweisung** zur Fristnotierung **nicht**. Wiedereinsetzung ist in diesem Fall nicht zu gewähren.

Das OLG Düsseldorf befasst sich mit der **Aufrechnung von Honorarforderungen, wenn Treuhandgelder ausbezahlt sind**. Es stellt fest, dass nur mit dem Honoraranspruch aus der Treuhandtätigkeit aufgerechnet werden kann und nicht mit anderen Forderungen aus der Steuerberatung. Beiläufig hält es fest, dass für die **Herausgabe von Unterlagen** keine gesonderten **Gebühren** verlangt werden können.

Zum **Versicherungsschutz** bei der Abwicklung von **Anderkontengeldern** weist das OLG München darauf hin, dass die **Auszahlungsvoraussetzungen** immer persönlich überprüft werden müssen. Verlässt der Notar sich auf sein Personal und unterlässt er jede Prüfung, ist von einer **wissentlichen Pflichtverletzung** auszugehen, so dass kein Versicherungsschutz besteht.

Behauptet der Mandant, der Steuerberater habe jegliche „**Steuersparberatung**“ z.B. im Hinblick auf Immobilienkäufe etc. **unterlassen**, so begründet das allein keinen Regressanspruch. Das OLG Koblenz verlangt zu Recht eine exakte Darlegung, ob und ggf. zu welcher Investition er wirtschaftlich überhaupt in der Lage war und welche konkreten **Vor- und Nachteile** bei einer Gesamtbetrachtung entstanden wären.

Das AG Duisburg-Ruhrort bestätigt, dass der langjährig tätige Steuerberater auch **ohne ausdrücklichen Auftrag den Jahresabschluss erstellen** kann. Will der Mandant dessen Arbeit und den Honoraranspruch verhindern, muss er rechtzeitig **kündigen**.



Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Jürgen Gräfe

GI Aktuell

BGH: Geldwäsche durch Strafverteidiger

Der Bundesgerichtshof hatte erstmals zu entscheiden, ob sich ein Strafverteidiger, der zur Erfüllung einer Honorarforderung Finanzmittel, die aus einer rechtswidrigen Tat nach § 261 Abs. 1 Satz 2 StGB herrühren, in Kenntnis ihrer Herkunft entgegennimmt, wegen Geldwäsche nach § 261 StGB strafbar machen kann.

Das Landgericht Frankfurt am Main hatte die beiden angeklagten Rechtsanwälte wegen Geldwäsche jeweils zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten verurteilt, die Vollstreckung der Strafen zur Bewährung ausgesetzt und die Angeklagten im Übrigen freigesprochen.

Die Angeklagten sind als Rechtsanwälte in einer gemeinsamen Sozietät in Frankfurt am Main tätig. 1994 verteidigte jeder von ihnen einen der Ehepartner B., gegen die wegen fortgesetzten gemeinschaftlichen Betrugs im Zusammenhang mit so genannten Letter-Geschäften des „European Kings Club e.V.“ (EKC) ermittelt wurde. Die beiden Mandanten hatten als Führungsmitglieder des EKC seit 1992 Geldanlegern für Letter-Käufe sichere Gewinne von mindestens 71 % jährlich versprochen, obwohl sie wussten, dass die dafür erforderlichen Renditen nicht zu erzielen und die versprochenen Gewinnauszahlungen nur im Rahmen eines betrügerischen Schneeballsystems durch Einzahlungen neuer Letter-Käufer möglich waren, wodurch der EKC – bis zum Zusammenbruch des Systems Anfang 1995 – insgesamt knapp zwei Milliarden DM erlangte, von denen an die Anleger nur etwa 1,5 Milliarden DM zurückflossen.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit als Wahlverteidiger nahm jeder der Angeklagten im Dezember 1994 Bargeld in Höhe von 200.000 DM entgegen, das später als Vorschuss auf das Honorar abgerechnet wurde. Nach den Feststellungen des Landgerichts wussten und billigten die Angeklagten bei der Annahme der Beträge, dass es sich dabei um Geld aus den Letter-Geschäften des EKC handelte, dessen System den Angeklagten bekannt war. Sie wussten auch, dass sich die Verantwortlichen des EKC seit Jahren zusammengeschlossen hatten, um durch die Letter-Verkäufe eine ständige Einnahmequelle zu erzielen. Dieser Sachverhalt liegt der Verurteilung der Angeklagten wegen Geldwäsche zugrunde.

Anfang 1995 beantragten die Angeklagten beim Amtsgericht Frankfurt am Main jeweils die Freigabe einer Kaution in Höhe von 500.000 DM.

Sie hatten die Kauttionen im September 1994 im Rahmen der Haftverschonung im eigenen Namen für ihre Mandanten in Form von Bargeld bei Gericht hinterlegt. Das Bargeld stammte aus den Geschäften des EKC, was den Angeklagten bekannt war. Vor der Freigabe und Auszahlung des Geldes hatten sich die Angeklagten die Ansprüche auf Rückzahlung der hinterlegten Beträge „zur Sicherung (ihrer) Honoraransprüche“ abtreten lassen. Insoweit sind die Angeklagten vom Landgericht freigesprochen worden.

Gegen das Urteil des Landgerichts hatten sowohl die Angeklagten als auch die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Die Angeklagten beanstandeten insbesondere die Anwendung des Geldwäschetatbestands auf die Annahme von Honoraren durch Strafverteidiger. Die Revision der Staatsanwaltschaft richtete sich gegen die Rechtsfolgenaussprüche sowie die Freisprüche.

Der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat die Verurteilung der Angeklagten wegen Geldwäsche bestätigt und ihre Revisionen verworfen.

Die **Annahme „bemakelten“ Geldes als Strafverteidigerhonorar** in Kenntnis seiner Herkunft unterfällt § 261 Abs. 2 Nr. 1 StGB. Nach dem Wortlaut des § 261 Abs. 2 StGB sind weder Strafverteidiger als Täter noch Strafverteidigerhonorare als Objekte vom Geldwäschetatbestand ausgenommen. **Der mit dem Gesetz verfolgte Zweck, den Vortäter weitgehend zu isolieren, gestattet eine Ausnahmeregelung für Strafverteidiger nicht;** der Gesetzgeber hat eine solche Ausnahme nicht gewollt. Dies ergibt sich aus der Entstehungsgeschichte der Vorschrift.

Die Strafbarkeit der Annahme von Verteidigerhonoraren in Kenntnis ihrer „bemakelten“ Herkunft verstößt auch weder gegen Art. 12 Abs. 1 GG noch gegen Art. 6 MRK. Ein Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit liegt schon deshalb nicht vor, weil es dem Berufsbild eines Strafverteidigers nicht entspricht, Honorar entgegenzunehmen, von dem er weiß, dass es aus schwerwiegenden Straftaten herrührt.

Ebenso wie für den Verteidiger kein Recht auf Honorierung mit „bemakelten“ Geldern besteht, gibt es auch für den Beschuldigten kein Recht auf Wahlverteidigung unter Einsatz illegal erworbener Mittel. **Verfügt ein Beschuldigter nicht über ausreichende legale Finanzmittel, hat er den Anspruch auf Pflichtverteidigung, durch den seine Rechte ausreichend gewahrt sind (Art. 6 MRK).** Die Pflichtverteidigung ist

keine Verteidigung minderer Güte, zumal dem Wunsch des Beschuldigten auf Beiordnung eines Anwalts seines Vertrauens weitgehend zu entsprechen ist.

Der Senat sieht auch keine Verletzung des verfassungsrechtlich geschützten Vertrauensverhältnisses zwischen Mandanten und Strafverteidiger durch Ermittlungen gegen den Verteidiger wegen Geldwäsche. Denn diese sind an die rechtliche Voraussetzung des Anfangsverdachts gebunden, der nicht schon allein aus der Tatsache hergeleitet werden kann, dass der Mandant einen Wahlverteidiger hat.

Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hat der Senat das Urteil des Landgerichts aufgehoben, soweit die Angeklagten freigesprochen worden sind, die Sache insoweit zu neuer Verhandlung und Entscheidung an eine andere Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main zurückverwiesen und die Revision im Übrigen verworfen.

Das Landgericht hat die Strafbarkeit der Angeklagten im Zusammenhang mit den Ein- und Auszahlungen der Kauttionen für ihre Mandanten nicht umfassend erörtert. Die neue Strafkammer wird insbesondere zu prüfen haben, ob sich die Angeklagten durch die Entgegennahme der freigegebenen Kautionsbeträge wegen Geldwäsche nach § 261 Abs. 1 StGB strafbar gemacht haben. Denn mit den Auszahlungen an die Angeklagten in Verbindung mit den zur Sicherung der Honorarforderungen erfolgten „Abtretungen“ war die Sicherstellung des Geldes als Tatbeute zumindest gefährdet.

Der neue Tatrichter wird ferner zu erörtern haben, ob die Angeklagten auch weitere Straftatbestände (§§ 257, 259 StGB) verwirklicht haben. (BGH, Urt. v. 4.7.2001 – 2 StR 513/00)

Pressemitteilung d. BGH v. 4.7.2001

BFH: Keine Grunderwerbsteuerbefreiung für Grundstücksübertragungen zwischen Partnern einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft

Der Bundesfinanzhof (BFH) hat mit Urteil vom 25.4.2001 – II R 72/00 entschieden, dass Grundstücksübertragungen zwischen Partnern einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft nicht in gleicher Weise von der Grunderwerbsteuer befreit sind wie Grundstücksübertragungen zwischen Partnern einer Ehe im Sinne des bürgerlichen Rechts.

Der Kläger lebt seit Jahren mit Frau A. in einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft, aus der zwei Kinder (geb. 1992 bzw. 1994) hervorgegangen sind. Im September 1994 erwarben der Kläger und Frau A. ein Grundstück als Miteigentümer je zur Hälfte. Mit notariellem Vertrag vom 29.12.1995 erwarb der Kläger von Frau A. deren Grundstücksanteil. Im September 1999 heirateten der Kläger und Frau A. Das Finanzamt unterwarf den Erwerb des Miteigentumsanteils von Frau A. der Grunderwerbsteuer. Die Klage vor dem Finanzgericht blieb erfolglos.

Der BFH bestätigte die Vorinstanz. Nach dem eindeutigen und keiner Auslegung zugänglichen Wortlaut des § 3 Nr. 4 des Grunderwerbsteuergesetzes sei lediglich der Grundstückserwerb durch den „Ehegatten“ des Veräußerers steuerbefreit. Zum maßgeblichen Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufvertrags seien der Kläger und Frau A. aber noch nicht verheiratet gewesen. **Die Regelung verstöße nicht gegen das Grundgesetz, weil dieses – auch nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts – keine übereinstimmenden steuerrechtlichen Folgerungen für die Ehe einerseits und die nicht ehelichen Lebensgemeinschaften andererseits verlange.** (BFH, Urt. v. 25.4.2001 – II R 72/00)

Pressemitteilung d. BFH v. 5.7.2001

OFD Frankfurt: Private Veräußerungsgeschäfte

In letzter Zeit werden – nicht zuletzt bedingt durch die Verlängerung der Veräußerungsfrist bei Grundstücken – vermehrt Fragen zur einkommensteuerlichen **Behandlung von Eigentumsübertragungen bei Ehescheidungen im Rahmen des Zugewinnausgleichs unter Berücksichtigung von § 23 EStG** gestellt.

Diesen Fragen liegt regelmäßig folgender Beispielssachverhalt zugrunde:

Das Ehepaar A. und B. lebt im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft (§ 1363 ff BGB). Der Ehemann A. erwarb im Jahr 1994 für 100.000 DM ein Grundstück zum alleinigen Eigentum, das von ihm seither vermietet wurde. Die Ehe wurde im Jahr 2000 geschieden. Der geschiedenen Ehefrau B. stand daraufhin ein Zugewinnausgleichsanspruch gegen A. in Höhe von 250.000 DM zu. Zur Abgeltung dieses Anspruchs übertrug ihr A. das Grundstück, das im Übertragungszeitpunkt einen Verkehrswert von 250.000 DM hatte.

Der Oberfinanzdirektor: Ich bitte, solche Fälle einkommensteuerlich wie folgt zu behandeln:

Der Zugewinnausgleichsanspruch i.S.v. § 1378 BGB ist eine auf Geld gerichtete persönliche Forderung an den geschiedenen Ehegatten. Im o.g. Beispielsfall erfüllte A. diese (Geld-)Forderung der B., indem er ihr an Erfüllung statt (§ 364 BGB) das Grundstück übertrug.

Wird ein Grundstück von dem Eigentümer (= Steuerpflichtigen) an einen Dritten zur Tilgung einer dem Dritten – gleich aus welchem Rechtsgrund – zustehenden Geldforderung an Erfüllung statt übereignet, handelt es sich dabei um ein Veräußerungsgeschäft durch den Steuerpflichtigen; bei dem Dritten liegt ein entsprechendes Anschaffungsgeschäft vor. Veräußerungserlös bzw. Anschaffungskosten ist der Forderungsbetrag, der mit der Übertragung des Grundstücks an Erfüllung statt abgegolten wurde.

Mithin hat A. das Grundstück innerhalb von zehn Jahren nach dessen Erwerb im Jahr 1994 wieder veräußert, so dass hier ein privates Veräußerungsgeschäft i.S.v. § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG vorliegt. Gründe für ein Absehen von der Besteuerung gibt es nicht (vgl. § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 3 EStG).

Der von A. zu versteuernde Gewinn beträgt:

Veräußerungserlös	250.000 DM
Anschaffungskosten	– 100.000 DM
Gewinn aus § 23 EStG	= 150.000 DM

Abwandlung I des Beispielssachverhalts:

Die geschiedene Ehefrau B. hat einen Zugewinnausgleichsanspruch in Höhe von 250.000 DM. Das vom geschiedenen Ehemann A. im Jahr 1994 für 100.000 DM angeschaffte Grundstück hat im Jahr 2000 einen Verkehrswert von 300.000 DM. A. und B. vereinbarten deshalb neben der Grundstücksübertragung, dass die 50.000 DM, um die der Grundstückswert den Zugewinnausgleichsanspruch übersteigt, mit Unterhaltsforderungen der B. an A. verrechnet werden.

Lösung:

Hier werden zwei unterschiedliche Forderungen der B. erfüllt: zum einen der Zugewinnausgleichsanspruch in Höhe von 250.000 DM und zum anderen eine Unterhaltsforderung in Höhe von 50.000 DM. A. veräußert damit das Grundstück für 300.000 DM.

Der von A. zu versteuernde Gewinn beträgt:

Veräußerungserlös	300.000 DM
Anschaffungskosten	- 100.000 DM
Gewinn aus § 23 EStG	= 200.000 DM

Gleichzeitig kann A. die durch die Grundstücksübertragung abgegoltenen Unterhaltsforderungen der B. im Veranlagungszeitraum der Grundstücksübertragung grundsätzlich als Sonderausgaben i.S.v. § 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG abziehen, wenn die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Der Oberfinanzdirektor: Ich bitte jedoch zu beachten, dass ein Abzug hier nur in Höhe des in § 10 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 EStG genannten Höchstbetrages möglich ist. Dies gilt auch dann, wenn Unterhaltsforderungen mehrerer Jahre verrechnet wurden; hier ist aufgrund § 11 Abs. 2 EStG ein Sonderausgabenabzug nur im Verrechnungsjahr mit dem in § 10 Abs. 1 Nr. 1 Satz 1 EStG genannten Höchstbetrag möglich.

Abwandlung II des Beispielssachverhalts:

Die geschiedene Ehefrau B. hat einen Zugewinnausgleichsanspruch in Höhe von 250.000 DM. Das vom geschiedenen Ehemann A. im Jahr 1994 für 100.000 DM angeschaffte Grundstück hat im Jahr 2000 einen Verkehrswert von 300.000 DM. A. überträgt das Grundstück an B. an Erfüllung statt. Eine Verrechnung der 50.000 DM, um die der Grundstückswert den Zugewinnausgleichsanspruch übersteigt, mit Unterhaltsforderungen der B. an A. findet nicht statt.

Lösung:

Um die Forderung der B. in Höhe von 250.000 DM zu erfüllen, überträgt ihr A. ein Grundstück im Wert von 300.000 DM an Erfüllung statt. Da die ausgeglichene Forderung wertmäßig unterhalb des Grundstückswertes liegt, handelt es sich um ein teilentgeltliches Geschäft. A. hat an B. insgesamt $\frac{5}{6}$ ($= \frac{250}{300}$) des Grundstücks entgeltlich veräußert, da er insofern das Grundstück an Erfüllung statt an B. übertragen hat (Abgeltung des Zugewinnausgleichsanspruchs in Höhe von 250.000 DM). In Höhe der übersteigenden 50.000 DM ($= \frac{1}{6}$ des Grundstücks) hat A. das Grundstück unentgeltlich an B. übertragen.

Der von A. zu versteuernde Gewinn beträgt:

Veräußerungserlös	
$300.000 \text{ DM} \times \frac{5}{6}$	250.000 DM
Anschaffungskosten	
$100.000 \text{ DM} \times \frac{5}{6}$	- 83.333 DM
Gewinn aus § 23 EStG	= 166.667 DM

Im Gegenzug schafft B. das Grundstück zu $\frac{5}{6}$ entgeltlich an (Anschaffungskosten in Höhe von 250.000 DM) und übernimmt das Grundstück zu $\frac{1}{6}$ unentgeltlich von A. (Fortführung der Anschaffungskosten des A. in Höhe von 100.000 DM $\times \frac{1}{6} = 16.667 \text{ DM}$). Nur in Höhe des entgeltlich erworbenen Anteils beginnt für B. eine neue zehnjährige Veräußerungsfrist i.S.v. § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Satz 1 EStG; bezüglich des unentgeltlich erworbenen Grundstücksanteils gilt § 23 Abs. 1 Satz 3 EStG.

(OFD Frankfurt, Vfg. v. 5.2.2001 - S 2256 A-16-St II 27)

GI Leitsätze

Rechtsberatung/Unternehmensberater/Fördermittelberatung

1. Wenn die im Rahmen einer umfassenden Unternehmensberatungstätigkeit auch gebotene Beratung über bestehende Fördermittelprogramme, über die Förderungsfähigkeit und über die Beschaffung der Fördermittel nebst Unterstützung bei deren Beantragung nicht das Schwergewicht der Tätigkeit bildet, liegt Beratung auf wirtschaftlichem, nicht rechtlichem Gebiet vor.

2. Eine Werbung für solche so eingebundene Fördermittelberatung verstößt nicht gegen § 1 UWG i.V.m. Art. 1 § 1 RBERG, und zwar auch dann nicht, wenn auf die Spezialisierung für solche Fördermittelberatung hingewiesen, z.B. die Bezeichnung „Subventionslotse“ verwendet wird.

3. Rechtsberatung liegt allerdings dann vor, wenn der Unternehmensberater in der Werbung auf die Einschaltung eines Rechtsanwalts hinweist und mit Freistellung von Kosten hierfür wirbt.

(OLG Stuttgart, Urt. v. 24.11.2000 - 2 U 158/00, OLG-Report 2001, 185)

Partnergemeinschaft/Zusatz „Sozietät“

Verwendet eine Kanzlei in ihrem Namen den Zusatz „und Partner“, ohne eine Partnerschaft im Sinne des PartGG zu sein, dann genügt der weitere Zusatz „Sozietät“ nicht den Erfordernissen des § 11 Satz 3 PartGG.

(AGH Nordrhein-Westfalen, Beschl. v. 2.6.2000 - 2 ZU 4/00, OLG-Report Hamm 2001, 115)

Fristenorganisation

- Berufungsbegründungsfrist
 - Organisationsanweisung
 - Einzelanweisung
- (BGH, Beschl. v. 27.3.2001 - VI ZB 7/01)

Leitsatz:

Ist die Fristenkontrolle im Anwaltsbüro ausreichend organisiert, kann dem Anwalt auch ein organisationsunabhängiges zweimaliges Versagen seiner Angestellten in derselben Sache nicht zugerechnet werden.

Aus den Gründen:

I.

1. Der Kläger hat gegen das landgerichtliche Urteil rechtzeitig am 9.10.2000 Berufung eingelegt. Da innerhalb der Berufungsbegründungsfrist eine Berufungsbegründung bei Gericht nicht einging, teilte der Vorsitzende des Berufungssenats mit Schreiben vom 17.11.2000 dem Prozessbevollmächtigten des Klägers mit, dass der Senat beabsichtige, die Berufung zu verworfen. Daraufhin beantragte der Klägervertreter mit einem am 28.11.2000 bei Gericht eingegangenen Schreiben gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand; ferner reichte er am selben Tag die Berufungsbegründung ein.

Zur Begründung seines Wiedereinsetzungsantrags trug der Klägervertreter vor: Das Oberlandesgericht habe ihm mit einem Schreiben vom 11.10.2000 mitgeteilt, dass die Berufungsschrift am 9.10.2000 eingegangen sei. Dieses Schreiben sei bei ihm am 13.10.2000 eingegangen. Er habe, als er der ihm zugeordneten Rechtsanwaltsfachangestellten K. an diesem Tag die Postmappe übergeben habe, ausdrücklich auf dieses Schreiben hingewiesen und Frau K. angewiesen, die bei Einlegung der Berufung zu notierende Berufungsbegründungsschrift zu überprüfen und als verbindlichen Ablauf der Berufungsbegründungsfrist den 9.11.2000 sowie die einwöchige Vorfrist zu notieren, sofern diese Daten nicht bereits notiert seien. Frau K. habe diese Eintragungen jedoch aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen versäumt.

In seiner Kanzlei gebe es eine allgemeine Anweisung an die Rechtsanwaltsfachangestellten, die Berufungsbegründungsfristen unmittelbar mit der Einlegung des Rechtsmittels bzw. noch

am gleichen Tag im Fristenkalender als vorläufige Frist einzutragen. Weiter sei eine einwöchige Vorfrist einzutragen, um eine rechtzeitige Aktenvorlage zu gewährleisten. Auch die Eintragung dieser Fristen habe Frau K. versäumt.

Die Akten seien ohne Notierung einer Berufungsbegründungsfrist und der einwöchigen Vorfrist offensichtlich in den Aktenschrank eingehängt worden. Das sei erst bemerkt worden, als der Hinweis des Oberlandesgerichts auf die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist in der Kanzlei eingegangen sei. Frau K. sei eine geschulte und äußerst zuverlässige Rechtsanwaltsfachangestellte, die - wie regelmäßige Kontrollen ergeben hätten - den Fristenkalender bisher sorgfältig und fehlerlos geführt habe.

Dem Wiedereinsetzungsantrag war eine eidesstattliche Versicherung der Rechtsanwaltsfachangestellten K. beigelegt. Der Inhalt dieser Erklärung zur Organisation der Fristenkontrolle in der Kanzlei des Klägervertreters und zu den Abläufen im vorliegenden Fall entspricht dem Vorbringen des Anwalts.

2. Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag zurückgewiesen und die Berufung des Klägers verworfen. Nach seiner Auffassung hat der Klägervertreter, dessen Verschulden sich der Kläger zurechnen lassen müsse (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO), die Berufungsbegründungsfrist nicht ohne Verschulden versäumt. Die Organisation der Fristenkontrolle in der Kanzlei des Anwalts reiche nicht aus. Er habe die Eintragung der Fristen vollständig den Rechtsanwaltsfachangestellten überlassen; eine eigene Überprüfung, Berichtigung oder Kontrolle durch den Anwalt sei damit nicht gewährleistet gewesen.

Im vorliegenden Fall habe weder bei der Vorlage der Berufung bereits ein Fristvorschlag der Angestellten vorgelegen, den der Anwalt hätte bestätigen können, noch habe der Anwalt auf der Berufungsschrift eine Eintragung vorgenommen. Bei einer mündlichen Anweisung, wie sie der Anwalt der Angestellten bei der Übergabe der Postmappe erteilt habe, bestehe die Gefahr, dass die Angestellte durch die weiteren Schreiben in der Postmappe abgelenkt werde.

Der Anwalt hätte sich zumindest durch eine Rückfrage vergewissern müssen, ob Frau K. das Datum richtig verstanden habe. Ohne diese Kontrolle habe der Anwalt nicht sein Möglichstes getan, um Fehlerquellen bei der Eintragung und Behandlung von Fristen auszuschließen.

II.

Hiergegen richtet sich die form- und fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde des Klägers.

Das Rechtsmittel hat Erfolg. Nach der Darstellung des Prozessbevollmächtigten des Klägers und der eidesstattlichen Erklärung der Rechtsanwaltsfachangestellten K. beruht die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist auf einem doppelten Fehlverhalten dieser Angestellten und nicht auf einem dem Kläger zurechenbaren Verschulden seines Prozessbevollmächtigten (§ 85 Abs. 2 ZPO).

Die **Organisation der Fristenkontrolle** in der Kanzlei des Prozessbevollmächtigten des Klägers ist nicht zu beanstanden. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs muss das Fristenwesen in einer Anwaltskanzlei so organisiert sein, **dass in jedem Fall bei Einlegung einer Berufung das mutmaßliche Ende der Berufungsbegründungsfrist bei oder als bald nach Absendung der Berufungsschrift im Fristenkalender notiert wird. Außerdem ist noch eine so genannte Vorfrist zu notieren, die in der Regel eine Woche beträgt** (vgl. etwa BGH, Beschl. v. 6.7.1994 – VIII ZB 26/94, BGHR-ZPO § 233 – Fristenkontrolle 37; Beschl. v. 9.1.2001 – VIII ZB 26/00). Diesen Anforderungen entspricht die Organisation in der Kanzlei des Klägervertreters. Insoweit liegt der vorliegende Fall anders als der dem Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 9.1.2001 – VIII ZB 26/00 zugrunde liegende (vgl. GI 2001, 190).

Das Oberlandesgericht wirft dem Klägervertreter als Anwaltsverschulden vor, dass er die **Eintragung der Fristen den Rechtsanwaltsfachangestellten überlassen** habe. Dem vermag der Senat nicht zu folgen. Es entspricht der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, dass der Anwalt die Berechnung der **allgemein anfallenden einfachen Fristen sowie die Führung des Fristenkalenders im Rahmen einer von ihm zu verantwortenden Büroorganisation auf sein geschultes, als zuverlässig erprobtes und sorgfältig überwachtes Personal zur selbstständigen Erledigung überträgt** (vgl. etwa BGH, Beschl. v. 29.1.1997 – XII ZB 203/96, BGHR-ZPO § 233 – Feriensache 4; v. 12.11.1986 – IVb ZB 119/86, BGHR-ZPO § 233 – Fristenkontrolle 1; v. 26.8.1999 – VII ZB 12/99, BGHR-ZPO § 233 – Fristenkontrolle 68).

Im vorliegenden Fall handelt es sich um eine **einfache Fristberechnung**. Dies bedeutet, dass keine Einwendungen dagegen zu erheben sind,

dass der Anwalt die Berechnung der Berufungsbegründungsfrist seiner Angestellten K. überlassen hat.

Entgegen der Auffassung des Oberlandesgerichts trifft den Prozessbevollmächtigten des Klägers auch nicht deshalb ein Schuldvorwurf, weil er nach dem Eingang des Schreibens des Oberlandesgerichts, wonach die Berufung am 9.10.2000 eingelegt worden war, die Angestellte K. mündlich angewiesen hat, die – nach seiner Vorstellung entsprechend der allgemeinen Anweisung und der bisherigen Übung – bereits vorläufig eingetragene Berufungsbegründungsfrist und die Vorfrist auf der Grundlage der gerichtlichen Mitteilung zu überprüfen und erforderlichenfalls zu korrigieren. Es ist nicht ersichtlich, dass nach den Umständen für den Anwalt ein Anlass bestanden hätte, sich durch eine Rückfrage bei Frau K. zu vergewissern, ob sie das Datum richtig verstanden habe.

Im Übrigen besteht das Versagen der Angestellten K. nicht darin, dass sie im Fristenkalender ein falsches Datum notiert hätte, sondern zum einen darin, dass sie bereits am 9.10.2000 die in der allgemeinen Anweisung angeordnete vorläufige Fristennotierung versäumt hat, und zum anderen am 13.10.2000 die **Einzelanweisung des Anwalts**, die – nach seiner Vorstellung schon eingetragenen – **Fristen zu kontrollieren und erforderlichenfalls zu korrigieren, nicht befolgt** hat. Hiermit musste der Anwalt indes nicht rechnen. Er konnte vielmehr darauf vertrauen, dass seine Angestellte seine einfache und inhaltlich klare Weisung befolgen werde (vgl. Senat, Urt. v. 6.10.1987 – VI ZR 43/87, VersR 1988, 185, 186).

Es kommt hinzu, dass für den Prozessbevollmächtigten des Klägers umso weniger eine Veranlassung bestanden hat, zur Sicherung der Einhaltung der Berufungsbegründungsfrist an Frau K. eine Kontrollfrage zu richten, als er davon ausgehen konnte, dass die Einhaltung der Berufungsbegründungsfrist in Vollzug der allgemeinen Anweisung in jedem Fall durch die bei der Einlegung der Berufung im Fristenkalender einzutragenden Fristen gesichert war.

Weitere Gesichtspunkte, aus denen sich ein für die Fristversäumung ursächliches Verschulden des Anwalts ergeben könnte, sind nicht ersichtlich. Insbesondere kann der auffällige Umstand, dass der Angestellten gleich ein doppeltes Fehlverhalten in derselben Sache unterlaufen ist, dem Anwalt nach derzeitiger Rechtslage nicht zugerechnet werden.

Fristenkontrolle

- Allgemeine Weisung:
Berufungsbegründungsfrist
- Vorläufige Fristen
(BGH, *Beschl. v. 9.1.2001 - VIII ZB 26/00*)

Leitsatz:

Das Fristenwesen in einer Rechtsanwaltskanzlei muss so organisiert sein, dass bei Einlegung einer Berufung das mutmaßliche Ende der Berufungsbegründungsfrist bei oder alsbald nach Absendung der Berufungsschrift im Fristenkalender notiert wird. Ein insoweit gegebenes Organisationsverschulden bleibt nicht deswegen folgenlos, weil der Anwalt nach Mitteilung des Eingangsdatums der Berufung zur Notierung der endgültig berechneten Frist eine Einzelanweisung erteilt hat, deren Befolgung die durch das Organisationsverschulden geschaffene Gefahrenlage noch rechtzeitig beseitigt hätte.

Aus den Gründen:

I.

Der in erster Instanz unterlegene Beklagte hat gegen das ihm am 7.1.2000 zugestellte Urteil des Landgerichts durch seine Prozessbevollmächtigten am 7.2.2000 per Telefax Berufung eingelegt. Die Geschäftsstelle des Oberlandesgerichts bestätigte den Eingang der Berufungsschrift am 9.2.2000. Nach Ablauf der Berufungsbegründungsfrist teilte der Vorsitzende des Berufungssenats den Prozessbevollmächtigten des Beklagten mit, es sei beabsichtigt, die Berufung als unzulässig zu verwerfen.

Auf dieses, am 16.3.2000 hinausgegangene Schreiben hin begründete Rechtsanwalt K. für den Beklagten die Berufung mit einem am 31.3.2000 eingegangenen Schriftsatz und beantragte zugleich Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist.

Zur Begründung hat er vorgetragen, die Berufungsbegründungsfrist sei allein deshalb versäumt worden, weil die in seiner Kanzlei beschäftigte, geschulte und zuverlässige Rechtsanwaltsfachgehilfin R. entgegen einer ihr schriftlich und mündlich erteilten Einzelanweisung Rechtsanwalts K. versehentlich weder die Berufungsbegründungsfrist zum 7.3.2000 noch die Vorfrist zum 1.3.2000 eingetragen habe.

II.

Das Berufungsgericht hat den Wiedereinsetzungsantrag abgelehnt und die Berufung des Beklagten als unzulässig verworfen. Zur Begründung hat es ausgeführt, der Beklagte habe nicht hinreichend dargetan und glaubhaft gemacht, dass die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist nicht auf einem Verschulden seines Prozessbevollmächtigten beruhe.

Zwar habe der Beklagte ursprünglich – in seinem Wiedereinsetzungsgesuch vom 29.3.2000 – einen Sachverhalt vorgetragen und glaubhaft gemacht, nach dem die Fristversäumung lediglich auf ein Kanzleiversehen zurückzuführen sei. Danach habe die Rechtsanwaltsgehilfin R. gemäß allgemeiner Anordnung einen vorläufigen Vermerk des Fristablaufs zum 7.3.2000 und eine einwöchige Sekretariatsvorlage notiert. Nach Erhalt der Eingangsbestätigung des Oberlandesgerichts vom 9.2.2000 habe Rechtsanwalt K. am 15.2.2000, dem Tag des Eingangs der Bestätigung, Frau R. schriftliche und mündliche Einzelanweisung erteilt, die Berufungsbegründungsfrist zum 7.3.2000 und die Vorfrist zum 1.3.2000 im Fristenkalender einzutragen. Diese Einzelanweisung, durch die sich der vorläufige Fristenvermerk erledigt habe, sei von Frau R. versehentlich nicht ausgeführt worden.

Diese Darstellung habe der Beklagte indessen mit einem weiteren Schriftsatz seiner Prozessbevollmächtigten vom 8.5.2000 dahin korrigiert, die versehentlich nicht ausgeführte schriftliche und mündliche Einzelanweisung sei bereits am 7.2.2000 erteilt worden. Von dieser korrigierten Darstellung sei auszugehen, da der Beklagte mit ihr zu erkennen gegeben habe, dass er an seiner ursprünglichen Version vom 29.3.2000 nicht mehr festhalte.

Nach dem hiernach maßgeblichen Vortrag treffe den Prozessbevollmächtigten des Beklagten an der Versäumung der Berufungsbegründungsfrist ein eigenes Verschulden, weil er es versäumt habe, bei der Wiedervorlage der Akte am 15.2.2000 zu überprüfen, ob seine Anweisung vom 7.2.2000 zur Eintragung der Berufungsbegründungsfrist und einer Vorfrist ordnungsgemäß ausgeführt worden sei.

III.

Hiergegen richtet sich die form- und fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde des Beklagten, mit der er unter Vorlage entsprechender eides-

stattlicher Versicherungen der Rechtsanwaltsfachgehilfin R. im Wesentlichen geltend macht, bei den Datumsangaben im Schriftsatz seiner Prozessbevollmächtigten vom 8.5.2000 handele es sich um ein offensichtliches Versehen; chronologisch richtig sei die ursprüngliche Darstellung vom 29.3.2000.

IV.

Das zulässige Rechtsmittel bleibt in der Sache ohne Erfolg. Der Beklagte hat nicht glaubhaft gemacht, dass die Berufungsbegründungsfrist ohne ein ihm zuzurechnendes Verschulden seiner Prozessbevollmächtigten (§ 85 Abs. 2 ZPO) versäumt worden ist.

Dahinstehen kann, ob das Berufungsgericht zu Recht angenommen hat, der Beklagte habe seine ursprüngliche Darstellung des zeitlichen Ablaufs der für die Wiedereinsetzung maßgeblichen Ereignisse durch seine spätere Darstellung vom 8.5.2000 korrigiert und halte dementsprechend seine ursprüngliche Version nicht mehr aufrecht. Denn auch die ursprüngliche Darstellung vom 29.3.2000 ist nicht geeignet, ein eigenes Verschulden der Prozessbevollmächtigten des Beklagten in Gestalt eines Organisationsverschuldens auszuschließen.

Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs muss das mutmaßliche Ende der Berufungsbegründungsfrist schon bei oder alsbald nach Absendung der Berufungsschrift im Fristenkalender notiert werden. Dieser Vermerk ist zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren, wenn das Gericht das Datum des Eingangs der Berufungsschrift mitgeteilt hat (BGH, Beschl. v. 6.5.1997 – VI ZB 12/97, VersR 1997, 118 unter 1. m.w.N.).

Der vorläufige Eintrag des mutmaßlichen Ablaufs der Berufungsbegründungsfrist dient dem Zweck, die Wahrung der Begründungsfrist auch für den Fall sicherzustellen, dass eine Mitteilung des Gerichts über das Datum des Eingangs der Berufungsschrift ausbleibt. **Das Fristenwesen in einer Rechtsanwaltskanzlei muss mithin so organisiert sein, dass in jedem Fall bei Einlegung einer Berufung das mutmaßliche Ende der Berufungsbegründungsfrist bei oder alsbald nach Absendung der Berufungsschrift im Fristenkalender notiert wird.**

Dem Vorbringen des Beklagten ist nicht zu entnehmen, dass in der Kanzlei seiner Prozessbevollmächtigten hierfür ausreichend Vorsorge

getroffen ist. Im Wiedereinsetzungsgesuch des Beklagten und in den später eingereichten Schriftsätzen sowie den jeweils beigefügten eidesstattlichen Versicherungen der Rechtsanwaltsfachgehilfin R. ist zwar stets die Rede davon, dass gleichzeitig mit der Berufungseinlegung am 7.2.2000 entsprechend einer allgemeinen Anordnung ein vorläufiger Vermerk des Fristablaufs zum 7.3.2000 „stattfind“ bzw. „notiert wurde“. Nirgendwo ist indessen vorgetragen, dass das mutmaßliche Ende der vorläufig berechneten Berufungsbegründungsfrist **im Fristenkalender** eingetragen worden sei. Im Wiedereinsetzungsgesuch ist vielmehr von einem vorläufigen „Aktenfristenvermerk“ und einer „Sekretariatswiedervorlage“ die Rede.

Ebenso wenig ist der Darstellung des Beklagten zu entnehmen, dass **in der Kanzlei seiner Prozessbevollmächtigten eine allgemeine Anordnung oder Anweisung bestanden habe, auch vorläufig berechnete Fristen bereits im Fristenkalender und nicht etwa – unzureichend (BGH, Beschl. v. 6.5.1997, a.a.O., unter 1. b)) – nur in der Handakte zu notieren.**

Dass eine dahin gehende allgemeine Anweisung bestand und regelmäßig praktiziert wurde, ist nach dem vom Beklagten glaubhaft gemachten Sachverhalt auch nicht anzunehmen. Wäre nämlich der vorläufige Vermerk über den Ablauf der Berufungsbegründungsfrist mit dem Datum 7.3.2000 im Fristenkalender eingetragen worden, so hätte dieser Eintrag am 7.3.2000 zur Vorlage der Akte an den für die Bearbeitung der Sache zuständigen Rechtsanwalt führen müssen.

Der Beklagte hat nichts dazu vorgetragen, aus welchen Gründen es zu einer solchen Wiedervorlage der Akte nicht gekommen ist. Er hat insbesondere nicht geltend gemacht, dass auch die Nichtbeachtung eines solchen Eintrags im Fristenkalender, sofern er vorhanden sein sollte, auf einem Versehen des Kanzleipersonals beruhe, an welchem seine Prozessbevollmächtigten kein Verschulden treffe.

Bei dieser Sachlage lässt sich dem Vortrag des Beklagten nicht mit der für die Gewährung von Wiedereinsetzung in den vorigen Stand erforderlichen Eindeutigkeit (BGH, Beschl. v. 6.5.1997, a.a.O., unter 1 a)) entnehmen, dass die Erfassung und Überwachung der Berufungsbegründungsfrist in der Kanzlei der Prozessbevollmächtigten des Beklagten in der gebotenen, Fehler nach Möglichkeit ausschließenden Weise organisiert ist.

Unter diesen Umständen kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht gewährt werden.

Das in Bezug auf die Erfassung und Überwachung der vorläufig berechneten Berufungsbegründungsfrist nicht ausgeräumte Organisationsverschulden der Prozessbevollmächtigten des Beklagten bleibt nicht etwa deswegen folgenlos, weil Rechtsanwalt K. nach der ursprünglichen Darstellung des Beklagten am 15.2.2000 eine **Einzelanweisung** erteilt hat, deren Befolgung zur Notierung der Berufungsbegründungsfrist (nebst Vorfrist) im Fristenkalender geführt und so die durch das Organisationsverschulden geschaffene Gefahrenlage noch rechtzeitig beseitigt hätte.

Trifft die Partei oder ihren Anwalt ein Verschulden i.S.d. § 233 ZPO, so kann Wiedereinsetzung nur dann gewährt werden, wenn glaubhaft gemacht ist, dass es sich nicht auf die Fristversäumung ausgewirkt haben kann (BGH, Beschl. v. 21.9.2000 – IX ZB 67/00, NJW 2000, 3649 unter II. 2.). Ein solcher Fall ist hier nicht gegeben. Vielmehr wäre, wie dargelegt, die Handakte dem für die Bearbeitung der Sache zuständigen Rechtsanwalt noch vor Ablauf der Berufungsbegründungsfrist vorgelegt worden, wenn die Erfassung und Überwachung der vorläufig berechneten Berufungsbegründungsfrist in der gebotenen Weise organisatorisch sichergestellt gewesen wäre.

Notarhaftung

- Ungesicherte Vorleistungen
- Sicherungszweckerklärung
- Überholende Kausalität
- Vermutung beratungskonformen Verhaltens (BGH, Urt. v. 13.4.2000 – IX ZR 432/98)

Leitsatz:

Zur Abgrenzung gegenüber hypothetischen Reserveursachen in Notarhaftungssachen.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerinnen sind die Erbinnen des am 17.3.1993 verstorbenen K.E. (im Folgenden: Erblasser). Dieser war Gesellschafter der im Jahre 1972 von den DDR-Behörden in einen VEB umgewandelten P.E. & Co. KG (im Folgenden: KG).

Ende 1991 wurde das Eigentum an dem Betriebsgrundstück auf die KG zurückübertragen. Die früheren Gesellschafter bzw. deren Erben – insgesamt sechs Personen – wurden als Berechtigte an dem Vermögen der KG festgestellt. Dieses bestand aus dem Betriebsgrundstück, dessen Verkehrswert Anfang 1991 auf 791.377 DM veranschlagt worden war.

Anfang 1992 beschlossen die Gesellschafter die Auseinandersetzung der KG, deren Geschäftsbetrieb eingestellt war, und die Veräußerung des Betriebsgrundstücks. Den größeren Teil desselben wollte der Gesellschafter B.E., der seit 1990 auf dem Grundstück unter der Firma „P.E. GmbH & Co. KG Tief- und Straßenbau“ (im Folgenden: GmbH) ein Bauunternehmen betrieb, erwerben. Der Veräußerungserlös sollte den Gesellschaftern entsprechend ihrer nominalen Beteiligung zufließen. Einen kleineren Grundstücksteil wollten zwei andere Gesellschafter unter Verrechnung mit ihren Auseinandersetzungsansprüchen übernehmen.

Am 9.3.1992 beurkundete die verklagte Notarin einen Vertrag zur Auflösung und Auseinandersetzung der KG. Darin veräußerte unter anderem der Erblasser seine „Anteile an den Grundstücken“ an B.E. Dieser verpflichtete sich, an den Erblasser 200.000 DM zu zahlen. Davon waren 25.000 DM sofort fällig. Der Restkaufpreis von 175.000 DM wurde bis 31.5.1996 gestundet. Unter der Überschrift „Kaufpreisfinanzierung und Belastungsvollmacht“ vereinbarten die Beteiligten Folgendes:

„Um die Sicherung der Darlehen, die der Kaufpreisfinanzierung dienen, schon vor Eigentumsumschreibung zu ermöglichen, verpflichten sich die Veräußerer, aber für Rechnung der jeweiligen Erwerber, das Kaufobjekt mit gegebenenfalls sofort vollstreckbaren Grundpfandrechten in beliebiger Höhe samt Zinsen und etwaigen Nebenleistungen zu belasten, ohne jedoch die persönliche Haftung oder Kosten zu übernehmen. (...)

Zahlungsansprüche, durch die sie (die Grundpfandrechte) erstmals valuiert werden, werden mit der Maßgabe, dass sie zur Bezahlung des Kaufpreises gemäß Punkt III des Vertrages zu verwenden sind, bereits jetzt an die Verkäufer abgetreten.

Deshalb dürfen Gläubiger diese Grundpfandrechte bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises und Eigentumsumschreibung des

Vertragsobjektes auf den jeweiligen Erwerber nur als Sicherheit für solche Zahlungen verwenden, mit denen der Kaufpreis bezahlt wird. Sofern eine Abtretung ausgeschlossen ist, wird hierdurch ein unwiderruflicher Zahlungsauftrag erteilt.

Die amtierende Notarin wird angewiesen, die Eintragung der Grundpfandrechte im Grundbuch erst dann zu veranlassen, wenn ihr die Grundpfandrechtsgläubiger bestätigt haben, dass die Grundpfandrechte bis zur vereinbarten Zahlung des Kaufpreises und der Eigentumsumschreibung nur als Sicherheit für diese Zahlung dienen und dass die Grundpfandrechtsgläubiger im Falle der Rückabwicklung Zug um Zug gegen Rückzahlung der Darlehensvaluta die erforderlichen Löschungsunterlagen herausgeben.“ (so genannte Belastungsklausel I)

„Der Verkäufer bevollmächtigt die Erwerber – unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB – die Vertragsobjekte mit Grundpfandrechten in beliebiger Höhe samt Zinsen und Nebenleistungen zu belasten, Löschungen und Rangänderungen zuzustimmen und mit der Vormerkung des Käufers im Range zurückzutreten, das Kaufobjekt gemäß § 800 ZPO der sofortigen Zwangsvollstreckung zu unterwerfen, Auszahlungsansprüche nach dieser Urkunde abzutreten und überhaupt alle Erklärungen abzugeben, die mit der Bestellung von Grundpfandrechten am Kaufobjekt auf Rechnung der Erwerber zusammenhängen.“ (so genannte Belastungsklausel II)

Die Auflassung wurde sofort erklärt.

Am 12.5.1992 bestellte B.E. zur Sicherung eines Bankkredits unter Verwendung der „Belastungsklausel II“ eine Grundschuld über 305.000 DM an den Grundstücken. Unter demselben Datum unterschrieben alle sechs Gesellschafter der aufgelösten KG – auch der Erblasser – eine Sicherungszweckerklärung. Danach sollte die Grundschuld zur Sicherung aller bestehenden und künftigen Forderungen der Bank gegen die GmbH und B.E. dienen. Am 10.8.1992 wurde die Grundschuld eingetragen.

Aus der Kreditsumme zahlte B.E. den sofort fälligen Betrag von 25.000 DM an den Erblasser. Weitere Beträge leistete er an die sonst noch abzufindenden Gesellschafter. Den Rest vereinbarte er zur Finanzierung seines Betriebes. Am 8.3.1993 und 8.2.1994 wurde B.E. als Eigentümer der von ihm gekauften Grundstücksteile eingetragen. Er belastete sein nunmehriges

Eigentum weiter. Inzwischen lasten darauf insgesamt Grundpfandrechte über 605.000 DM zuzüglich Zinsen und Kosten. Den Restkaufpreis für den Erblasser blieb er schuldig. Die Zwangsvollstreckung gegen B.E., der die eidesstattliche Versicherung abgegeben hat, blieb erfolglos. Am 29.7.1994 wurde über das Vermögen der GmbH die Gesamtvollstreckung eröffnet.

Die Klägerinnen nehmen die Beklagte auf Schadenersatz wegen der Verletzung von Amtspflichten bei der Beurkundung und Durchführung des Grundstücksveräußerungsgeschäfts in Anspruch. Sie verlangen Zahlung von 175.937,08 DM, hilfsweise die Feststellung der Schadenersatzpflicht. Landgericht und Oberlandesgericht haben die Klage mit unterschiedlicher Begründung abgewiesen. Dagegen wenden sich die Klägerinnen mit ihrer Revision. Das Rechtsmittel führt zur Aufhebung des Berufungsurteils und Zurückverweisung der Sache.

Aus den Gründen:

I.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der Beklagten sei „wohl“ eine fahrlässige Amtspflichtverletzung vorzuwerfen. Denn sie habe nicht auf das mit einer ungesicherten Vorleistung verbundene Risiko hingewiesen. Es sei ferner davon auszugehen, dass sich der Erblasser an eine entsprechende Belehrung gehalten hätte.

Das Verhalten der Beklagten sei aber für den eingetretenen Schaden nicht ursächlich geworden. Es liege ein Fall der überholenden Kausalität vor, weil der von der Beklagten möglicherweise durch mangelnde Belehrung verursachte Schaden ohnedies wegen der Unterzeichnung der Sicherungszweckerklärung eingetreten wäre. Dadurch hätten der Erblasser und die anderen Veräußerer auf eine Absicherung ihrer Ansprüche verzichtet. Da er die Sicherungszweckerklärung unterschrieben habe, obwohl ihm dabei seine Situation noch einmal deutlich vor Augen geführt worden sei, hätte er sich auch bei ordnungsgemäßer Belehrung so verhalten.

II.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. **Die Haftung der Beklagten aus § 18 VONot i.V.m. § 19 BNotO ist nicht wegen „überholender Kausalität“ ausgeschlossen.**

1. Auf die Frage, ob **in der Notarhaftung hypothetische Reserveursachen** beachtlich werden können (vgl. hierzu BGH, Urt. v. 14.3.1985 - IX ZR 26/84, WM 1985, 666, 670; v. 11.7.1996 - IX ZR 116/95, WM 1996, 2074, 2076 ff; vgl. ferner Sandkühler, in: Arndt/Lerch/Sandkühler, BNotO 4. Aufl., § 19 Rdnr. 140), kommt es im vorliegenden Fall nicht an.

2. Die Unterzeichnung der Sicherungszweckerklärung vom 12.5.1992 war keine hypothetische Reserveursache.

a) Das Berufungsgericht hat zunächst - ohne Berücksichtigung der Sicherungszweckerklärung - unterstellt, dass sich der Erblasser im Falle einer ordnungsgemäßen Belehrung danach verhalten hätte. Es hat weiter unterstellt, dass der Kaufvertrag mit B.E. dann gleichwohl - mit der vom Erblasser gewünschten Sicherung - zustande gekommen und mit diesem Inhalt durchführbar gewesen wäre.

Anderenfalls hätte es schon deshalb den Ursachenzusammenhang zwischen Pflichtverletzung und Schaden verneinen müssen; auf die Frage, ob die Unterzeichnung der Sicherungszweckerklärung - die das Berufungsgericht als Verzicht auf Absicherung gewertet hat - eine hypothetische Reserveursache darstellte, wäre es dann nicht angekommen.

Hätte das belehrungsgemäße Verhalten zu einer Absicherung des Kaufpreisanspruchs geführt, wäre aus der Unterzeichnung der Sicherungszweckerklärung der nunmehr geltend gemachte Schaden nicht erwachsen.

Die Absicherung des Kaufpreisanspruchs hätte - entsprechend der „Belastungsklausel I“ - die Bestätigung des Grundpfandgläubigers vorausgesetzt, dass das Grundpfandrecht bis zur vereinbarten Zahlung des Kaufpreises und der Eigentumsumschreibung nur (oder vorrangig) als Sicherheit für diese Zahlung dient. Eine formularmäßige Sicherungszweckerklärung, die das Gegenteil dessen besagte, wäre dann - sei es wegen des Vorrangs der Individualabrede (§ 4 AGBG), sei es als überraschende Klausel (§ 3 AGBG) - unwirksam gewesen.

b) **Zu einer zweiten Möglichkeit beratungsgemäßen Verhaltens hat das Berufungsgericht nichts ausgeführt.** Nach der im Tatbestand des Berufungsurteils wiedergegebenen Behauptung der Klägerinnen hätte der Erblasser, ordnungsgemäß belehrt, „den Vertrag ... in dieser Form

(nicht) geschlossen“. Näheres hierzu ergibt sich aus dem Vorbringen in der Klageschrift, auf welches das Berufungsgericht ergänzend Bezug genommen hat:

„Wäre der Rechtsvorgänger der Kläger von der Beklagten entsprechend aufgeklärt und belehrt worden, wäre er das Risiko seiner ungesicherten Vorleistung keinesfalls eingegangen und hätte den Vertrag so nicht unterzeichnet. In diesem Falle wären er bzw. seine Rechtsnachfolger entweder noch Gesamthandseigentümer des Grundstücks oder aber bei sachgerechter Vertragsgestaltung zumindest im Besitze des restlichen Kaufpreises.“

Damit haben die Klägerinnen zum Ausdruck bringen wollen, die Beklagte hätte den Erblasser dahin belehren müssen, entweder auf einer Absicherung der Kaufpreisforderung zu bestehen oder von der Veräußerung abzusehen. Da das Berufungsgericht ein belehrungsgemäßes Verhalten des Erblassers unterstellt hat, ohne eine der eben genannten Möglichkeiten auszuschließen, hätte die „überholende Kausalität“ in beiden Alternativen geprüft werden müssen. Im Ergebnis ändert sich jedoch nichts.

Hätte das belehrungsgemäße Verhalten darin bestanden, dass der Erblasser die Grundstücke nicht veräußerte, wäre es zur Bestellung einer Grundschuld durch den Erwerber und zur Unterzeichnung einer Sicherungszweckerklärung durch die Veräußerer nicht gekommen. Daraus hätte sich also kein Schaden ergeben können. Insofern scheidet die Unterzeichnung der Sicherungszweckerklärung als Reserveursache von vornherein aus.

c) Davon abgesehen hat das Berufungsgericht den Einwand der Klägerinnen nicht ausgeräumt, dass der Erblasser **im Falle einer ordnungsgemäßen Belehrung über die Risiken der ihm angesonnenen ungesicherten Vorleistung die Sicherungszweckerklärung gar nicht erst unterzeichnet hätte.** Das Argument, gerade die Vorlage der Sicherungszweckerklärung zur Unterzeichnung hätte dem Erblasser „noch einmal deutlich seine Situation vor Augen führen müssen“, ist nicht stichhaltig.

Zum einen ist nicht nachvollziehbar, weshalb die Unterzeichnung der Sicherungszweckerklärung dem Erblasser „noch einmal“ die Gefahren der ungesicherten Vorleistung hätten bewusst machen sollen. Hatte die Beklagte den Erblasser nicht darüber belehrt, wovon hier auszugehen

ist, hatte dieser vor Unterzeichnung der Sicherungszweckerklärung keinen Anlass, ein Problembewusstsein zu entwickeln.

Auch die Annahme, dass die ihm zur Unterzeichnung vorgelegte Sicherungszweckerklärung dem Erblasser die Augen habe öffnen müssen, erscheint nicht haltbar. **Aus der Sicherungszweckerklärung ging nicht unmittelbar hervor, dass der Veräußerer des Grundstücks, das nunmehr mit einer Grundschuld belastet werden sollte, wegen seines Kaufpreisanspruchs nicht gesichert war.**

Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, bedurfte es nicht ganz einfacher rechtlicher Überlegungen, die ein juristischer Laie nicht ohne weiteres anstellt. Er mochte noch zur Kenntnis nehmen, dass die Grundschuld „zur Sicherheit für alle ... Forderungen der Sparkasse“ gegen den Kreditnehmer dienen sollte. **Dass er an der Kreditsumme – aus der er sich Befriedigung wegen seines Kaufpreisanspruchs erhoffen durfte – keine gesicherten Rechte hatte, war damit für ihn noch nicht selbstverständlich.**

Dies galt in besonderem Maße deshalb, weil es sich bei dem Erblasser um einen **83-jährigen Bürger** der früheren DDR handelte, der jahrzehntelang keine Gelegenheit gehabt hatte, Erfahrungen im Grundstücks- und Kreditsicherungsrecht zu sammeln.

III.

Das Berufungsurteil ist auch nicht aus anderen Gründen im Ergebnis richtig (§ 563 ZPO).

1. Der Ansicht der Revisionserwiderung, es fehle bereits an einer Amtspflichtverletzung durch die Beklagte, ist nach der derzeitigen Sach- und Rechtslage nicht zu folgen.

Der Ausgangspunkt des Berufungsgerichts, der Erblasser habe im vorliegenden Fall eine ungesicherte Vorleistung erbracht, wird von der Revisionserwiderung – mit Recht – nicht in Zweifel gezogen. Das Gleiche gilt für die Feststellung, die Beklagte habe bei der Beurkundung nicht über die Risiken der ungesicherten Vorleistung belehrt.

Auch hat die Beklagte die Beteiligten nicht darüber belehrt, dass die „Belastungsklausel I“ – welche die Veräußerer in eine trügerische Sicherheit wiegen konnte – durch Aufnahme der „Belastungsklausel II“ in den Vertrag entwertet

wurde. Indem die Veräußerer den Erwerber bevollmächtigten, die Grundstücke unbeschränkt mit Grundpfandrechten zu belasten, wurden die Beschränkungen der „Belastungsklausel I“ gegenstandslos. Daran haben auch die angeblich unterschiedlichen Zwecksetzungen der Belastungsklauseln nichts geändert. Wenn diese Zwecksetzungen irgendeine Bedeutung haben sollten, wäre die Beklagte umso mehr verpflichtet gewesen, die Beteiligten hierüber zu belehren.

Die Revisionserwiderung macht geltend, es habe **keine Belehrungspflicht bestanden, weil die Beteiligten sich über die Tragweite ihrer Erklärungen und das damit verbundene Risiko vollständig im Klaren gewesen seien und die konkrete Vertragsgestaltung ernsthaft gewollt hätten.** Ihnen sei es darum gegangen, B.E. für seine neu gegründete GmbH das Betriebsgrundstück der KG schnellstmöglich als (erstrangige) Kreditunterlage zur Verfügung zu stellen. Da dies bei einer dinglichen Absicherung des Kaufpreisanspruchs nicht hätte erreicht werden können, hätten die Veräußerer bewusst auf diese Absicherung verzichtet. Dies ergebe sich aus der Zeugenaussage des B.E. in einem Parallelverfahren, die das Berufungsgericht verfahrensfehlerhaft nicht berücksichtigt habe.

Diese Gegenrüge kann keinen Erfolg haben. Das Berufungsgericht hat, gemäß dem Antrag der Beklagten, die Akten des Parallelverfahrens beigezogen. Ausweislich des darin enthaltenen Beweisaufnahmeprotokolls hat B.E. als Zeuge die Behauptung der Beklagten nicht bestätigt. Er hat lediglich ausgesagt, dass ihm an einer schnellen Eigentumsübertragung gelegen gewesen sei, weil er die Grundstücke für die Besicherung seiner Betriebsmittelkredite gebraucht habe. Dazu, ob sich die Interessenlage der Veräußerer – die mit der GmbH des Zeugen nichts zu tun hatten – mit seiner gedeckt habe, hat sich der Zeuge nicht geäußert.

2. Entgegen der von der Revisionserwiderung vertretenen Meinung kann bisher nicht davon ausgegangen werden, dass der Erblasser auch bei ordnungsgemäßer Belehrung bereit gewesen wäre, den Vertrag so abzuschließen, wie tatsächlich geschehen, also B.E. unter Zurückstellung des eigenen Sicherungsinteresses freie Hand bei der Belastung des Kaufgegenstands zu lassen.

Nach allgemeiner Lebenserfahrung kann der Beweis des ersten Anscheins für ein beratungsgemäßes Verhalten der Urkundsbeteiligten

sprechen (ständige Rechtsprechung, vgl. BGH, Urt. v. 19.12.1991 – IX ZR 8/91, WM 1992, 527, 528; v. 9.7.1992 – IX ZR 209/91, WM 1992, 1662, 1667; v. 27.10.1994 – IX ZR 12/94, WM 1995, 118, 121; v. 11.3.1999 – IX ZR 260/97, WM 1999, 1324).

Das gilt grundsätzlich auch bei Verträgen zwischen Familienangehörigen. Die Vermutung ist erst erschüttert, wenn tatsächliche Umstände festgestellt sind, aus denen sich die ernsthafte Möglichkeit ergibt, dass die Vertragsteile sich bei Vereinbarung der konkret nachteiligen Klausel wesentlich von verwandtschaftlicher Rücksichtnahme haben leiten lassen (BGH, Urt. v. 2.7.1996 – IX ZR 299/95, WM 1996, 2071). Solche Umstände sind bislang nicht festgestellt.

IV.

Das Berufungsurteil ist somit aufzuheben (§ 564 Abs. 1 ZPO). Die Sache ist an das Berufungsgericht zurückzuverweisen (§ 565 Abs. 1 Satz 1 ZPO), weil sie noch nicht entscheidungsreif ist.

1. Das Berufungsgericht hat sich zur Frage einer Pflichtverletzung möglicherweise nicht abschließend geäußert. Es hat dazu ausgeführt, dass der Beklagten „wohl“ eine fahrlässige Amtspflichtverletzung vorzuwerfen sei. Insoweit wird es auch Folgendes berücksichtigen müssen: **Es wird der Behauptung der Beklagten nachzugehen haben, die Veräußerer – insbesondere der Erblasser – hätten „im Wege innerfamiliärer Hilfe“ die Grundstücke dem B.E. unbelastet als Kreditunterlage zur Verfügung stellen wollen.**

Dafür könnte sprechen, dass das neue Unternehmen des B.E. – durch seine firmenmäßige Bezeichnung, den Geschäftsbereich und den Standort – an die Tradition der aufgelösten KG als früherem Familienunternehmen anknüpfte. Andererseits ist bisher nichts dafür ersichtlich, dass der geschäftliche Erfolg der von B.E. neu gegründeten GmbH zum „Gesamtkonzept“ bei der Auseinandersetzung der Gesellschafter der aufgelösten KG gehört habe. Diese hatten an dem Gedeihen der GmbH weder ein gesellschaftsrechtliches noch ein geschäftliches Interesse.

Hätten die Veräußerer „im Wege innerfamiliärer Hilfe“ die Grundstücke B.E. unbelastet als Kreditunterlage zur Verfügung stellen wollen, wären zudem **die Lasten dieser Hilfsaktion ganz unterschiedlich verteilt**. Das Risiko einer Insolvenz des B.E. trifft diejenigen unter den Veräußerern – immerhin drei von fünf – nicht,

die ihren Anteil am Erlös entweder in Grundstücken oder Geld sofort erhalten haben. Betroffen waren bzw. sind demnach allein der Erblasser und der Kläger im Parallelprozess. **Hätte man eine „innerfamiliäre Hilfe“ allein zu Lasten dieser beiden abgesprochen, liefe dies dem Gedanken der familiären Solidarität gerade zuwider.**

Die Behauptung, die Beklagte sei davon ausgegangen und habe auch davon ausgehen dürfen, dass die Veräußerer die Grundstücke B.E. unbelastet als Kreditunterlage hätten zur Verfügung stellen wollen, würde sich auch schlecht mit der von der Beklagten an herausgehobener Stelle in den Vertrag aufgenommenen „Belastungsklausel I“ vertragen.

Ferner könnte ins Gewicht fallen, dass die Beklagte mit Schreiben vom 8.12.1994 den Prozessbevollmächtigten der Klägerinnen mitteilte, die Grundschuld über 305.000 DM sei aufgrund der im Vertrag enthaltenen Belastungsvollmacht bestellt worden; dabei sei „versehentlich die im Vertrag enthaltene Sicherungsabrede nicht beachtet worden“.

Mit dieser Sicherungsabrede dürfte die Sicherung der Veräußerer gemeint gewesen sein. Dann wäre die Beklagte seinerzeit selbst nicht davon ausgegangen, dass die Veräußerer die Grundstücke B.E. unbelastet als Kreditunterlage haben zur Verfügung stellen wollen.

Aus den Ziffern 9 und 13 des – im Übrigen von B.E. formulierten – Gesellschafterbeschlusses vom 30.1.1992, auf welche sich die Beklagte in den Vorinstanzen bezogen hat, dürfte sich zu der Frage, ob die Veräußerer unter Zurückstellung ihrer Interessen dem Erwerber unbelastete Grundstücke als Kreditunterlage haben zur Verfügung stellen wollen, wenig ergeben.

In Ziffer 9 hat B.E. erklärt, er werde die auf ihn übertragenen Grundstücke „vorbehaltlich den Anforderungen zur Besicherung von Kreditmitteln“ im Familienbesitz erhalten. In Ziffer 13 haben die Gesellschafter dem B.E. gestattet, „diesen Beschluss seiner Hausbank vorzulegen, um mit dem Nachweis der nunmehr vorhandenen Besicherbarkeit den Vorgang der Bereitstellung von Kreditmitteln zu beschleunigen“.

Das rechtfertigt möglicherweise noch nicht die Annahme, die Veräußerer hätten bewusst auf eine dingliche Absicherung ihrer Kaufpreisansprüche verzichtet, um B.E. für seinen Betrieb

Honorar des Steuerberaters

eine unbelastete Kreditgrundlage zu verschaffen. Denn auch nach dem Vortrag der Beklagten hat B.E. die sofort fälligen Kaufpreisteilbeträge nur durch Beleihung der Kaufgrundstücke aufbringen können. Schon deshalb dürfte also die Vorlage des Gesellschafterbeschlusses bei der Bank sinnvoll gewesen sein.

2. Falls die Beklagte ihre Behauptung, B.E. hätten die Grundstücke unbelastet als Kreditunterlage zur Verfügung gestellt werden sollen, nicht nachweisen sollte, wird das Berufungsgericht im Rahmen des **Ursachenzusammenhangs** zu prüfen haben, **ob ein Vertrag mit der vom Erblasser gewünschten Absicherung durchführbar gewesen wäre** und ob sich B.E. auf diese Vertragsgestaltung eingelassen hätte. Die Revisionserweiterung hat darauf hingewiesen, „für den Betriebsmittelkredit, von dessen Gewährung die geplante Auseinandersetzung und damit auch die Restkaufpreiszahlung abhing“, sei eine erst-rangige Absicherung erforderlich gewesen.

Dabei wird unterstellt, dass die Veräußerung der Grundstücke an B.E. wirtschaftlich nur gegen Stundung der Restkaufpreise in Betracht kam, weil der aufgenommene, erstrangig abgesicherte Kredit größtenteils benötigt wurde, um der GmbH Betriebsmittel zuzuführen, und ein weiterer Kredit nur nachrangig hätte abgesichert werden können, womit die Banken nicht einverstanden gewesen wären.

Abgesehen davon, dass Derartiges in den Tatsacheninstanzen bisher nicht vorgetragen war, wird hier zu berücksichtigen sein, dass die Grundstücke inzwischen weit höher belastet sind. Das hätte möglicherweise von Anfang an geschehen können, um vorweg die Veräußerer mit ihren Ansprüchen zu befriedigen.

3. Sollte sich ergeben, dass eine Absicherung des Erblassers nicht möglich oder dass jedenfalls B.E. dazu nicht bereit gewesen wäre, und sollte es andererseits der Beklagten nicht gelingen, die Vermutung zu erschüttern, dass der Erblasser dann nicht verkauft hätte, wäre die Klage mit ihrem Hauptantrag unbegründet. Dann könnte indes der Hilfsantrag zum Zuge kommen.

4. Dem Vorbringen der Parteien zum Bestehen einer anderweitigen Ersatzmöglichkeit und zum Mitverschulden der Klägerinnen ist das Berufungsgericht – von seinem Standpunkt aus folgerichtig – nicht nachgegangen. Dies wird nunmehr nachzuholen sein.

- Aufrechnung mit Honoraranspruch
 - Zweckgebundene Treuhandgelder
 - Lohnabrechnung
 - Sozialversicherungsmeldung
 - Sozialversicherungsprüfung
- (OLG Düsseldorf, Urt. v. 10.2.2000 – 13 U 147/99)

Leitsätze (d.Red.):

1. Erhält der Steuerberater zweckgebundene Fremdgelder, ist sein Recht zur Aufrechnung gegenüber verbleibenden Überschüssen auf das Honorar für den konkreten Treuhandauftrag beschränkt.
2. Treuhandhonorar kann nur gemäß §§ 612 Abs. 2 BGB, 13 StBGebV abgerechnet werden, wenn keine ausdrückliche Honorarvereinbarung besteht.
3. Lohnabrechnungen können mit einer Mittelgebühr von 12,50 DM pro Arbeitnehmer gemäß § 34 Abs. 2 StBGebV abgerechnet werden.
4. Sozialversicherungsanmeldungen und Arbeitsbescheinigungen können wegen des geringen Schwierigkeitsgrades nur mit dem Mindestsatz der Gebühr von § 13 StBGebV abgerechnet werden.
5. Für die Herausgabe von Unterlagen, z.B. Lohnlisten, können keine gesonderten Gebühren verlangt werden.
6. Die Teilnahme an einer Sozialversicherungsprüfung kann nicht dem Tätigkeitsfeld des Steuerberaters zugeordnet werden, auch wenn sie gemäß § 57 Abs. 3 StBerG mit der Tätigkeit des Steuerberaters vereinbar ist. Es ist über § 612 BGB der Rahmensatz des § 13 StBGebV zugrunde zu legen.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin ist im Wesentlichen begründet.

I.

Der Klägerin steht gegen den Beklagten ein **Anspruch auf Rückzahlung** von 30.245 DM aus §§ 667, 675, 611 BGB zu.

Zwischen der mit der Klägerin identischen E.-GmbH und dem Beklagten ist ein Geschäfts-

besorgungsvertrag über die Annahme und Auskehrung der Herrn K. zustehenden Beträge zustande gekommen. Nach dem Inhalt dieses Vertrages durfte der Beklagte gegenüber dem Überschussrückzahlungsanspruch der Klägerin nur mit dem ihm aus diesem Auftrag zustehenden Honoraranspruch aufrechnen. Dieser Anspruch belief sich auf lediglich 310,50 DM.

1. Die Klägerin ist mit der E.-GmbH identisch. Soweit der Beklagte dies mit Nichtwissen bestreitet, ist dies gemäß § 138 Abs. 4 ZPO unerheblich. Bei dem Namenswechsel handelt es sich für den Beklagten um einen Gegenstand eigener Wahrnehmung. Der Namenswechsel ergibt sich aus dem Handelsregister. Der Beklagte kann ihn jederzeit nachvollziehen.

2. Das Angebot zum Auftrag über die Annahme und die Auskehrung des Herrn K. zustehenden Betrages ist dem Beklagten im Januar 1997 durch Herrn K. als Boten der E.-GmbH übermittelt worden. Nach seiner eigenen Darstellung hat ihm Herr K. mitgeteilt, er habe von der E.-GmbH noch Gehalt zu bekommen, das auf das Konto des Beklagten zur Weiterleitung an ihn überwiesen werde. Der Beklagte solle davon Lohnsteuer und Sozialversicherung abführen. Die Klägerin werde für die Tätigkeit des Beklagten das Honorar tragen.

Insbesondere aus dem letztgenannten Hinweis ergab sich für den Beklagten eindeutig, dass die E.-GmbH – und nicht etwa Herr K. – Auftraggeber sein sollte. Der Beklagte hat dieses Angebot spätestens durch die Annahme und Weiterleitung der Beträge entsprechend dem von Herrn K. mitgeteilten Auftragsinhalt angenommen. Insoweit kommt es auf die Kenntnis des Beklagten vom Inhalt der Vereinbarung vom 20.1.1997 im Zeitpunkt der Auftragserteilung an ihn nicht an, zumal da er die erstinstanzliche Behauptung, von ihr erst bei Klageerhebung Kenntnis erlangt zu haben, im zweiten Rechtszug nicht mehr aufrechterhält.

3. Der Beklagte hat von der E.-GmbH unstreitig 30.555,50 DM mehr erhalten, als er an Herrn K. ausgezahlt hat, und muss diese Summe gemäß § 667 BGB an sie zurückzahlen. Ohne Erfolg weist er darauf hin, die Zahlung habe ausweislich der Vereinbarung vom 20.1.1997 „unwiderruflich und mit schuldbefreiender Wirkung“ erfolgen sollen. Daraus ergibt sich nämlich nicht, dass die E.-GmbH unter Verzicht auf die Rückforderung gegenüber dem Beklagten leisten sollte und geleistet hat.

An der Vereinbarung vom 20.1.1997 war der Beklagte unstreitig nicht beteiligt. Rechte aus ihr sollte er nicht erhalten. Dazu gab es keinen Anlass. Die Zahlung an den Beklagten sollte lediglich im Verhältnis zu Herrn K. eine Erfüllung seiner Ansprüche bewirken (§§ 362, 364 BGB) und deshalb im Verhältnis zu ihm „unwiderruflich“ sein. Der Beklagte kann hieraus für sich keine Rechte herleiten. Mangels eines Auftrags des Herrn K. – er sollte für sein Honorar nicht aufkommen – bedarf es auch keiner Zustimmung des früheren Geschäftsführers der E.-GmbH zur Auszahlung an die Klägerin.

4. Der Auszahlungsanspruch ist durch die vom Beklagten im zweiten Rechtszug hilfsweise erklärte Aufrechnung mit der Forderung in Höhe von 30.555,50 DM lediglich in Höhe von 310,50 DM erloschen (§ 387 ff BGB). Nur in Höhe des Honoraranspruchs für den streitgegenständlichen Auftrag war die Aufrechnung möglich; insoweit stand dem Beklagten aber nicht der geltend gemachte Betrag von 2.070 DM (1.800 DM zuzüglich Umsatzsteuer) zu, sondern lediglich eine Vergütung von 310,50 DM (270 DM zuzüglich Umsatzsteuer). Im Übrigen war die Aufrechnung unzulässig.

a) Eine Aufrechnung kann nach Zweck und Natur eines Rechtsverhältnisses stillschweigend ausgeschlossen sein, wenn Gegenstand der Geschäftsbesorgung die Verwaltung eingehender Gelder sein soll, insbesondere wenn ein **Anderkonto** eingerichtet worden ist (vgl. BGHZ 71, 380, 383). Dafür fehlen im Streitfall Anhaltspunkte. Ein Anderkonto ist nicht eingerichtet worden. Die Zahlungen sind über ein allgemeines Geschäftskonto des Beklagten erfolgt.

b) Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs können Sinn und Zweck eines Auftrags dem Beauftragten nach dem **Grundsatz von Treu und Glauben** (§ 242 BGB) verbieten, gegen den Anspruch auf Herausgabe des Erlangten mit Gegenforderungen aufzurechnen, die ihren Grund nicht in dem Auftrag und den damit verbundenen Aufwendungen haben (BGHZ 71, 380, 383; 14, 342, 347; RGZ 160, 52, 60; BGH, NJW 1995, 1425, 1426; BGHZ 113, 90, 93; 95, 109, 113).

Das ist vor allem dann der Fall, wenn der Beauftragte die erhaltenen **Fremdgelder zweckgebunden** zu verwenden hat (BGHZ 71, 380, 383; 113, 90, 93 f; vgl. BGH, NJW 1995, 1425, 1426). So ist es im Streitfall.

Die Zahlungen der E.-GmbH sollten nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben an Herrn K. ausgekehrt werden und waren damit eindeutig zweckbestimmt. Gegenüber etwa verbleibenden Überschüssen durfte der Beklagte nur mit den durch den konkreten Auftrag entstandenen Kosten aufrechnen.

c) Aus der Rechnung vom 31.3.1998 war der Beklagte danach lediglich berechtigt, mit der Position 12 aufzurechnen. Tatsächlich standen ihm aber nicht – wie berechnet – 2.070 DM zu, sondern nur 310,50 DM.

aa) Die Position 12 der Rechnung ist einforderbar und klagbar. Die Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 StBGebV sind erfüllt. Der Beklagte hat die zutreffenden Gebührenvorschriften angegeben. **Seine Tätigkeit als Treuhänder kann der Steuerberater mangels ausdrücklicher Vereinbarung ihrer Anwendung nicht nach der Steuerberatergebührenverordnung abrechnen.** Maßgeblich ist dann § 612 Abs. 2 BGB, wobei allerdings die Steuerberatergebührenverordnung entsprechend für die übliche Vergütung angewandt werden kann (*Mittelsteiner/Scholz, StBGebV 4. Aufl., Heidelberg 1998, Anhang § 1, RdNr. 1, 4*). Dementsprechend hat der Beklagte zutreffend neben §§ 611 und 612 BGB auf § 13 StBGebV Bezug genommen.

bb) Dem Beklagten stand aber nur eine **Vergütung für einen Zeitaufwand von neunmal einer halben Stunde zum Mindestsatz der Gebühr von 30 DM (§ 13 StBGebV)** zuzüglich 15% Umsatzsteuer zu. Ausweislich der Abrechnung vom 10.8.1998 hat er nur an neun Tagen Tätigkeiten in dem Bereich „Zahlungen ...“ entfaltet. Eine durchschnittlich qualifizierte Kraft hätte für jeden der Zahlungsvorgänge nur den Bruchteil einer halben Stunde benötigt. Dazu bedarf es keiner Beweisaufnahme.

Einrichtung und Abrechnung des Vorgangs sind davon erfasst. Die Lohnabrechnung für K. ist in der Position 1 der Rechnung enthalten. Da es sich auch um Leistungen mit geringem Schwierigkeitsgrad handelt, hat sich die Vergütung des Beklagten am Mindestsatz der Gebühr des § 13 StBGebV zu orientieren.

5. Das im ersten Rechtszug geltend gemachte Zurückbehaltungsrecht hat der Beklagte im Berufungsrechtszug nicht mehr gegenüber der Klageforderung eingewandt.

(...)

II.

Die Hilfswiderklage hat nur in geringem Umfang Erfolg.

Dem Beklagten steht gegen die Klägerin lediglich ein Honoraranspruch in Höhe von 894,12 DM (777,50 DM zuzüglich Umsatzsteuer) zu.

1. Aus der Position 1 der Rechnung vom 31.3.1998 kann der Beklagte von der Klägerin lediglich die **Mittelgebühr von 12,50 DM je Arbeitnehmer** (31 x 12,50 DM) zuzüglich Umsatzsteuer verlangen (§ 34 Abs. 2 StBGebV). Maßgeblich für die Wahl der Gebühr sind folgende beispielhaft genannte Gesichtspunkte: **Zahlung fester, sich langfristig nicht verändernder oder stets wechselnder Vergütungen, die Erforderlichkeit von Sonderberechnungen, die Berücksichtigung von steuerfreien Lohnanteilen oder von Besonderheiten der Branche** (*OLG Düsseldorf, GI 1996, 269*).

Der Beklagte hat den – 1997 maßgeblichen – Höchstsatz in Ansatz gebracht. Warum dieser gerechtfertigt sein soll, ist nicht dargetan. Es fehlt jede Begründung. Soweit die Klägerin einwendet, der Beklagte mache eine Pauschalvergütung geltend, findet dies in der Rechnung keine Stütze.

2. Für die Positionen 2 bis 5 kann der Beklagte von der Klägerin lediglich 390 DM zuzüglich 15% Umsatzsteuer verlangen (§§ 34 Abs. 5, 13 Steuerberatergesetz). **Die Sozialversicherungsmeldungen für zehn Arbeitnehmer und das Ausfüllen von Arbeitsbescheinigungen gemäß § 133 AFG für drei Arbeitnehmer konnten von einer durchschnittlich qualifizierten Kraft jeweils im Bruchteil einer halben Stunde erledigt werden** (13 x 30 DM = 390 DM).

Warum dafür jeweils mindestens 1 Stunde, einmal 1,5 Stunden und einmal 2 Stunden erforderlich gewesen sein sollen, hat der Beklagte nicht dargetan. Einer Beweisaufnahme bedarf es insoweit nicht. Da es sich auch um Leistungen mit geringem Schwierigkeitsgrad handelt, steht dem Beklagten nicht mehr als der Mindestsatz der Gebühr des § 13 StBGebV zu.

3. Für die Erledigung der schriftlichen **Anfragen der Nachberater** (Positionen 6, 7, 9, 10 und 11 der Rechnung) kommt dem Beklagten dagegen keine Vergütung zu.

a) Bei der Anfrage des Büros S. vom 12.6.1997 (Position 6) handelt es sich um die Aufforderung, bestimmte fehlende Unterlagen herauszugeben. **Die Herausgabe der Unterlagen ist mit der Vergütung für die entsprechende Leistung abgegolten.** Im Übrigen ist die Position 6 nicht einmal einforderbar und klagbar (§ 9 Abs. 2 StBGebV). Der Beklagte hat die falsche Gebührenvorschrift angegeben, nämlich § 35 Abs. 3 StBGebV. Bei der Herausgabe von Unterlagen handelt es sich nicht um die Anfertigung oder Berichtigung von Inventurunterlagen oder sonstige Abschlussvorarbeiten.

b) Nichts anderes gilt für die **Übersendung der Lohnliste** für den Zeitraum April 1996 bis Mai 1997 (Anfrage Büro S. vom 5.8.1997 – Position 7). Unstreitig hatte der Beklagte die Lohnbuchführung in diesem Zeitraum übernommen und auch bezahlt bekommen. Dazu gehört auch die Herausgabe der Lohnlisten an den Auftraggeber oder den Nachberater. Auch insoweit hat der Beklagte nicht die zutreffende Vorschrift der Steuerberatergebührenverordnung angegeben, so dass die Rechnung nicht einmal einforderbar und klagbar ist (§ 9 Abs. 2 StBGebV).

c) Die Tätigkeit gegenüber dem Finanzamt hinsichtlich der Steuererklärungen für 1995 (Schreiben vom 2.7.1996 – Position 9) betraf einen Zeitraum, für den unstreitig der Beklagte mit der entsprechenden Tätigkeit beauftragt war und für den er unstreitig entlohnt worden ist. Eine weitere Vergütung kann der Beklagte nicht verlangen. Er gibt keine Begründung für seine Forderung und führt nicht einmal aus, für welche konkreten Tätigkeiten er eine Vergütung begehrt. Auch hier hat der Beklagte nicht die zutreffende Gebührenvorschrift angegeben. Auf die vorstehenden Ausführungen wird verwiesen.

d) Für die Erledigung der Anfrage der A. vom 14.11.1996 (Position 10 der Rechnung) kann der Beklagte nichts verlangen. Unstreitig hatte der Beklagte den Auftrag, die Bilanz zum 31.8.1995 zu fertigen. Unstreitig hat er dafür auch die ihm zustehende Vergütung erhalten. **Zu der Bilanzerstellung gehört auch die Klärung von Widersprüchen.** Im Übrigen hat der Beklagte nicht dargetan, dass ihm die E.-GmbH – etwa über ... – einen entsprechenden Auftrag erteilt hat. In dem Schreiben ist nicht von der E.-GmbH, sondern von Herrn S. die Rede, der die E.-GmbH über ein anderes Unternehmen erworben haben dürfte. Welche Tätigkeiten der Beklagte entfaltet haben will, ist auch nicht hinreichend konkret angegeben.

e) Für die Beantwortung der **Anfrage der Klägerin** vom 7.1.1998 (Position 11 der Rechnung) steht dem Beklagten ebenfalls keine Vergütung zu. Der Beklagte leitet hieraus den Auftrag zur „Entwicklung“ einer Bilanz per 1.3.1995 her. Macht der Beklagte die Forderung aus Position 11 für die Aufstellung einer Bilanz geltend, so ist sie nicht einforderbar und nicht klagbar (§ 9 Abs. 2 StBGebV), weil dann die falsche Gebührenvorschrift angegeben wurde. **Denn für die Aufstellung der Bilanz ist § 35 Abs. 1 StBGebV maßgeblich und nicht § 35 Abs. 3 i.V.m. § 13 StBGebV, die in der Rechnung angegeben sind.**

Legt man die Anfrage zugrunde und nimmt man die unwidersprochene (§ 138 Abs. 3 ZPO) Darstellung der Klägerin im Schriftsatz vom 21.4.1999 hinzu, so ging es auch hier um die Aufklärung von Widersprüchen. Dies gehört zur Aufstellung der Bilanz zum 1.3.1995, die der Beklagte längst erstellt hatte. Zudem hat der Beklagte auch hier nicht hinreichend konkret angegeben, welche Tätigkeiten er im Einzelnen entfaltet haben will.

4. Die Forderung aus der Position 8 (Betriebsprüfung BfA) ist nicht einforderbar und klagbar (§ 9 Abs. 2 StBGebV). Der Beklagte hat insoweit die angegebenen Gebührenvorschriften falsch angegeben, so dass der Zweck des § 9 Abs. 2 StBGebV nicht erfüllt ist, dem Auftraggeber eine Überprüfung zu ermöglichen.

Der Beklagte stützt die Forderung auf §§ 29 Abs. 1 StBGebV i.V.m. 13 StBGebV. Das ist unzutreffend, weil **§ 29 StBGebV nur steuerliche Prüfungen betrifft.** Die Teilnahme des Steuerberaters an der durch einen **Sozialversicherungsträger durchgeführten Prüfung** der Einhaltung sozialversicherungsrechtlicher Pflichten kann dagegen nicht mehr dem Tätigkeitsfeld des Steuerberaters zugeordnet werden, auch wenn sie gemäß § 57 Abs. 3 Steuerberatergesetz mit der Tätigkeit eines Steuerberaters vereinbar ist (Mittelsteiner/Scholz, § 1 StBGebV, Rdnr. 6).

Ist eine Vergütung in diesen Fällen nicht vereinbart, **so kann über § 612 BGB der Rahmensatz des § 13 StBGebV der Berechnung zugrunde gelegt werden** (Mittelsteiner/Scholz, a.a.O.). Das ändert aber nichts daran, dass der Beklagte im vorliegenden Fall grundsätzlich von der falschen Norm ausgegangen ist, nämlich § 29 Abs. 1 StBGebV.

(...)

Wissentliche Pflichtverletzung des Notars

- Versicherungsschutz
 - Treuhandauftrag
 - Persönliche Prüfung
- (OLG München, Urt. v. 14.12.1999 - 25 U 2854/99)

Leitsätze:

1. Ein Notar ist bei der Abwicklung eines Treuhandauftrages zur persönlichen Prüfung der Auszahlungsvoraussetzungen verpflichtet.
2. Unterzeichnet er einen Überweisungsauftrag zulasten des Treugebers, obwohl ihm bekannt ist, dass er einen Treuhandauftrag erhalten hat, und verlässt er sich auf die Prüfung durch sein zuverlässiges Personal, ist von einer wissentlichen Pflichtverletzung auszugehen.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt die Beklagte als Haftpflichtversicherer des - früheren - Notars G. wegen einer von diesem begangenen Amtspflichtverletzung bei Abwicklung eines Treuhandauftrages, den ihm die Klägerin erteilt hatte, in Anspruch.

Der Klägerin steht gegen den Notar G. aus dem rechtskräftigen Urteil des Landgerichts vom 18.5.1995 eine Forderung in Höhe von 263.473,67 DM zuzüglich Zinsen und Kosten zu. Wegen dieses Anspruchs hat sie die angebliche Forderung des Notars gegen die Beklagte pfänden und sich zur Einziehung überweisen lassen.

Die Nebenintervenientin als Versicherer des Vertrauensschaden-Fonds der Notarkammer muss für den vom Notar G. verursachten Schaden einstehen, wenn er auf einer wissentlichen Pflichtverletzung beruht. Insoweit scheidet eine Haftung der Beklagten nach den dem Versicherungsvertrag mit dem Notar G. zugrunde liegenden Allgemeinen Versicherungsbedingungen aus.

Das Landgericht hat die Klage abgewiesen. Nach Einvernahme des Zeugen G. stehe zur Überzeugung des Gerichts fest, dass dieser wissentlich gegen seine Amtspflichten verstoßen habe. Dem Zeugen sei generell bekannt gewesen, dass ein Treuhandauftrag vorgelegen habe und dass für ihn als Notar die Verpflichtung bestand, sich persönlich von der Erfüllung der Auflagen eines Treuhandauftrages zu überzeugen. Wenn er es unterlasse, den Treuhandauftrag zur Kenntnis

zu nehmen, stelle dies einen bewussten Verstoß gegen die ihm als Notar auferlegten Pflichten dar.

Die Nebenintervenientin ist dem Rechtsstreit mit ihrer Berufungseinlegung beigetreten. Sie ist der Auffassung, aus der protokollierten Einvernahme des Zeugen G. folge, dass er sich durchaus nach Eingehen des Treuhandauftrages über dessen Einzelheiten vergewissert habe. Bei der Verfügung über das Treuhandgeld nach mehr als zwei Monaten habe er sich unbedacht und unvorsichtig auf sein Gedächtnis verlassen. Insoweit handele es sich um klassische Fahrlässigkeit und nicht um einen wissentlichen Verstoß.

(Anträge ...)

Die Beklagte ist weiterhin der Auffassung, dass ein bewusster Verstoß gegen die Amtspflichten eines Notars vorliege, weil der Zeuge angegeben habe, dass ihm der Inhalt des Treuhandauftrages bei der Auszahlung des Darlehensbetrages nicht bekannt gewesen sei.

Der Senat hat Beweis erhoben durch wiederholte Vernehmung des Zeugen G. Die zulässige Berufung der Streithelferin ist unbegründet.

Aus den Gründen:

Die Beklagte ist gemäß § 4 Nr. 5 der AVB Vermögen nicht verpflichtet, Versicherungsschutz zu gewähren, da die Schadenverursachung durch den Notar auf einer wissentlichen Pflichtverletzung beruht, d.h. dass ihm ein wissentliches Abweichen von den für ihn maßgeblichen Vorschriften vorzuwerfen ist. **Ein Notar ist bei Vorliegen eines Treuhandauftrages mit Anderkontenführung zur höchstpersönlichen Überprüfung der Auszahlungsvoraussetzungen verpflichtet** (vgl. BGH, NJW-RR 1998, 1134; OLG Hamm, VersR 1996, 1006; Haug, Die Amtshaftung des Notars 2. Aufl., Rdnr. 635 m.w.N.).

Der Zeuge hat bei seiner Einvernahme vor dem Senat erneut bekundet, dass ihm bei der Unterzeichnung der beiden Überweisungsträger **bekannt war, dass von der Klägerin ein Treuhandauftrag an ihn eingegangen war, ihm der konkrete Auftrag aber nicht bewusst gewesen sei**. Er war sich auch sicher, dass er im Zusammenhang mit der Auszahlung den Treuhandauftrag nicht - nochmals - angesehen hatte, obwohl ihm bekannt war, dass er als Notar die

Voraussetzungen für die Auszahlung vom Anderkonto persönlich zu überprüfen hatte. Er hatte sich darauf verlassen, dass seine zuverlässig arbeitenden Angestellten dies getan hatten.

Damit ist von einer wissentlichen Pflichtverletzung auszugehen, denn obwohl er wusste, dass er persönlich zur Überprüfung der Auszahlungsvoraussetzungen verpflichtet war, hat er dies unterlassen (vgl. *OLG Hamm, a.a.O.*). Zwar mag es sein, dass Notare diese Verpflichtung nicht ernst nehmen, weil sie im Allgemeinen ihren Angestellten vertrauen können und vertrauen. Dies ändert aber nichts daran, dass sie damit wissentlich gegen ihre Pflichten zur höchstpersönlichen Überprüfung der Auszahlungsvoraussetzungen verstoßen (vgl. *OLG Hamm, a.a.O.*).

Es kann daher dahinstehen, dass dem Zeugen nicht bewusst war, mit den Auszahlungsanweisungen gegen den Treuhandauftrag zu verstoßen, weil er davon ausging, dass die Auszahlung vom Notaranderkonto lediglich von den üblichen Bedingungen abhängig gemacht worden war; denn neben dem wissentlichen Abweichen von Anweisungen oder Bedingungen des Auftraggebers ist nach § 4 Nr. 5 der AVB Vermögen ein Risikoausschluss auch bei wissentlichem Abweichen von den für ihn maßgeblichen Vorschriften und generell bei sonstigen wissentlichen Pflichtverletzungen gegeben. Ein Schädigungsvorsatz ist hierfür nicht erforderlich (vgl. *BGH, VersR 1991, 176, 177*).

(...)

Steuerberaterhaftung

- Steuersparberatung
- Darlegungslast
- Herausgabe von Mandantenunterlagen
(*OLG Koblenz, Urt. v. 10.7.1999 - 5 U 1770/98*)

Leitsätze (d. Red.):

1. Behauptet der Mandant, der Steuerberater habe pflichtwidrig versäumt, auf steuersparende Maßnahmen - Immobilienkäufe pp. - hinzuweisen, muss er darlegen, ob er wirtschaftlich hierzu in der Lage war und welche konkreten Vor- und Nachteile im wirtschaftlichen Gesamt- rahmen entstanden wären.

2. Behauptet der Mandant, ein Steuerstraßverfahren sei durch Aushändigung von Unterlagen an das Finanzamt verursacht worden, muss er darlegen, aus welchen Gründen ein Aussage- und Herausgabeverweigerungsrecht i.S.d. § 102 Abs. 1 Nr. 3a AO für den Berater bestand.

Zum Sachverhalt:

Der Beklagte ist Steuerberater. Der Kläger nimmt ihn aus abgetretenem Recht auf Schadenersatz in Anspruch. Er hat dieserhalb am 10.10.1996 einen Mahnbescheid über verzinsliche Einzelforderungen von 70.765,87 DM und 6.848,83 DM beantragt.

Nachdem die Sache am 6.6.1997 zur Durchführung des streitigen Verfahrens an das Landgericht abgegeben worden war, hat der Kläger mit der Anspruchsbegründungsschrift eine Vertragsurkunde vorgelegt, die das Ausstellungsdatum des 10.9.1996 trägt und in der es heißt: „Hiermit treten wir, H.B. ... (und) P.B. ... alle Ansprüche auf Schadenersatz, die aus der fehlerhaften Beratung des (beklagten) Steuerberaters bis zum Jahre 1993 herrühren, zur gerichtlichen Geltendmachung ... an (den Kläger) ab.“

(...)

H.B. und P.B. waren Alleingesellschafter einer OHG, die vom Beklagten steuerlich beraten wurde. Der Kläger hat vorgetragen, dass H.B. den Beklagten im Frühjahr 1991 nach Steuersparmöglichkeiten für seine Person gefragt habe. Daraufhin habe ihm dieser geraten, sein Einkommen durch erhöhte Verlustzuweisungen von Seiten der OHG zu verringern; dies könne geschehen, indem er einen Betrag von 90.000 DM auf das Gesellschafter-Kapitalkonto von P.B. überweise und so seinen Anteil am Verlust des Unternehmens vergrößere.

Demgegenüber war nach dem Vorbringen des Beklagten von einer Kapitalübertragung die Rede, die von P.B. an H.B. habe erfolgen sollen. Zweck dieser Maßnahme sei überdies nicht die Ersparnis von Einkommensteuer, sondern ein erbschaftsteuerrechtlicher Gesichtspunkt gewesen. Dazu hätten von der OHG 90.000 DM an H.B. überwiesen und das Kapitalkonto P.B.s entsprechend belastet werden sollen.

Anschließend erteilte H.B. einen Überweisungsauftrag. Welcher Vorgabe dieser Auftrag folgte, ist streitig. Unstreitig ist freilich, dass der Über-

weisungsbetrag weder auf dem bei der OHG geführten Gesellschafterkonto P.B.s noch auf dem Privatkonto H.B.s anlangte, sondern, bedingt durch einen Fehler der Bank, einer GmbH H.B. gutgebracht wurde.

Ergänzend zu dieser Maßnahme kam es am 31.7.1991 zu einem Gesellschafterbeschluss, demzufolge sich innerhalb der OHG „Gewinn und Verlust ab 1.1.1991 nach dem Verhältnis (der) Beteiligung (H.B. und P.B.) am Kapitalkonto richten“ sollten. Ein weiterer, unter dem Datum des 20.11.1991 gefasster Gesellschafterbeschluss besagte, dass die Gewinn- und Verlustverteilung ab sofort „nach dem Verhältnis (der) Beteiligung an den Kapitalkonten I und II, also nach allen Kapitalkonten“ vorgenommen werde.

Die in der OHG entstandenen Verluste minderten die Einkommensteuerschulden H.B.s für 1991 und 1992. Die Feststellungsbescheide über die gesonderte und einheitliche Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, die dazu die Vorgaben machten, fielen freilich ungünstiger aus, als dies H.B. für sich erhofft hatte. Sie waren in ihrer ersten Fassung von einer bevorzugten Verlustzuweisung an seine Person ausgegangen. Das wurde jedoch im ersten Quartal 1994 rückgängig gemacht. Nach der Auffassung der Finanzverwaltung waren die im Jahre 1991 getroffenen gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen nicht geeignet, erhöhte Verluste für H.B. zu begründen.

Die Änderung der Feststellungsbescheide beeinflusste die Einkommensteuersituation H.B.s ungünstig. Nach dem Vorbringen des Klägers führte sie – im Vergleich mit den Verhältnissen, die bei einer bevorzugten Verlustzuweisung bestanden hätten – zu Steuernachteilen von 87.034,42 DM für 1991 und 118.242,30 DM für 1992. Gleichzeitig wurden auch die Einkommensteuerbescheide für 1989 und 1990 geändert. Hier entstanden nach dem Vorbringen des Klägers Zusatzbelastungen von 12.497,50 DM und 36.360,50 DM.

Als sich dann aus der Einkommensteuerveranlagung 1993 für H.B. ein Guthaben von 70.765,87 DM ergab, erklärte das Finanzamt die Aufrechnung mit den „fälligen Einkommensteuerrückständen 1989, 1990 und 1991“.

Dieser Betrag bildet den Hauptteil der Klageforderung. Der Kläger hat dem Beklagten vorgeworfen, eine entsprechende Steuererstattung verhindert zu haben. Er sei dafür verantwort-

lich, dass die Verlustzuweisungen an H.B. zu gering ausgefallen seien, indem er die Bilanzverhältnisse der OHG und dabei insbesondere die Gesellschafter-Kapitalkonten unzutreffend dargestellt habe; außerdem habe er gegen die Feststellungsbescheide, die falsch gewesen seien, nichts unternommen.

In Höhe weiterer 6.848,83 DM macht der Kläger den Beklagten für Aufwendungen haftbar, die H.B. für die Verteidigung in einem Steuerstrafverfahren entstanden seien. Das Steuerstrafverfahren sei nämlich nur deshalb eingeleitet worden, weil eine Mitarbeiterin des Beklagten dem Finanzamt ohne Not belastende Unterlagen überlassen habe.

Das Landgericht hat die Klage auf die Verjährungseinrede des Beklagten hin abgewiesen. Es ist von einer dreijährigen Verjährungsfrist für die Klageforderung ausgegangen, die im Frühjahr 1994 begonnen habe. Das dem Prozess vorgeschaltete Mahnverfahren habe die Verjährung nicht unterbrechen können, da die Forderungsabtretung an den Kläger, wie der in der Abtretungsurkunde enthaltene Hinweis auf das gerichtliche Aktenzeichen belege, nicht vor Juni 1997 erfolgt sein könne.

Das greift der Kläger mit der Berufung in Erneuerung seines Zahlungsverlangens an. Er behauptet – wie bereits in erster Instanz nach Schluss der mündlichen Verhandlung – eine mündliche Forderungsübertragung durch H.B. an seine Person schon in 1995. Den Hauptforderungsbetrag von 70.765,87 DM stützt er nunmehr in erster Linie auf den Schaden, der H.B. durch die Änderung des Einkommensteuerbescheides für das Jahr 1991 entstanden sei, und im Weiteren auf die Schäden durch die Änderung der Einkommensteuerbescheide für 1992, 1989 und schließlich 1990.

Dabei hält er daran fest, dass der Beklagte die von H.B. angestrebte erhöhte Verlustzuweisung schuldhaft nicht herbeigeführt habe. Vorsorglich macht er – für den Fall, dass eine solche Verlustzuweisung nicht gesichert gewesen sein sollte – einen Beratungsfehler des Beklagten geltend. H.B. hätte dann nämlich auf die Problematik hingewiesen werden müssen, so dass er anderweitig hätte Steuern sparen können. Hilfsweise unterlegt der Kläger sein Begehren mit einem Anspruch auf Ersatz einer Geldbuße von 5.000 DM, die H.B. aufgrund des gegen ihn durchgeführten Steuerstrafverfahrens habe entrichten müssen.

Die Berufung ist ohne Erfolg. Das Landgericht hat die – auf abgetretene Ansprüche gestützte – Klage im Ergebnis zu Recht abgewiesen.

Aus den Gründen:

1. Soweit der Kläger den Beklagten wegen der Verletzung vertraglicher Steuerberaterpflichten dafür haftbar machen will, dass H.B. bezogen auf das Jahr 1991 und – dem vorangehend – auch bereits im Hinblick auf die Jahre 1989 und 1990 steuerliche Nachteile erlitten habe, erweist sich das Klageverlangen bereits vom Ansatz her als unbegründet.

a) Der Vorwurf des Klägers, die den vorgenannten Zeitraum erfassenden geänderten Feststellungsbescheide aus dem ersten Quartal 1994 beruhten auf falschen Zahlenangaben des Beklagten und seien von diesem pflichtwidrig nicht angefochten worden, ist ohne tragfähige tatsächliche Grundlage.

Das Klageverlangen gibt nicht nachvollziehbar zu erkennen, dass die Feststellungsbescheide zum Nachteil H.B.s von in Wahrheit nicht vorhandenen Voraussetzungen ausgegangen wären. Das gilt umso mehr, als nicht zu ersehen ist, dass die im Jahr 1991 nach der Konsultation des Beklagten durchgeführten gesellschaftsvertraglichen Maßnahmen mit Blickrichtung auf die Zeit von 1989 bis 1991 zu steuerlichen Vorteilen für H.B. hätten führen können.

Nach dem Vorbringen des Klägers war seinerzeit erstrebt worden, das zu versteuernde Einkommen und damit die Einkommensteuerschuld H.B.s durch erhöhte Verlustzuweisungen vonseiten der OHG zu mindern. Dazu hätten die Gesellschafterbeschlüsse vom 31.7. und 20.11.1991 und – begleitend – die Überweisung von 90.000 DM gedient, die H.B. auf das Gesellschafter-Kapitalkonto P.B.s habe vornehmen sollen.

Es kann an dieser Stelle auf sich beruhen, inwieweit die beiden Gesellschafterbeschlüsse, die die Gewinn- und Verlustbeteiligung innerhalb der OHG neu regeln wollten, unter steuerlichen Gesichtspunkten für die hier in Rede stehende Zeit von 1989 bis 1991 überhaupt beachtlich waren. Denn damit wurden lediglich Rahmenbedingungen geschaffen, die im tatsächlichen Bereich durch eine Kapitalbewegung ausgefüllt werden sollten. Um die vorgesehene erhöhte Teilhabe H.B.s an Verlusten der OHG insoweit

zu erreichen, war es angezeigt, die Konten H.B.s im Verhältnis zu denen P.B.s möglichst groß werden zu lassen, was wahlweise durch die Aufstockung der Konten H.B.s oder die Rückführung der Konten P.B.s gefördert werden konnte.

Für derartige Transaktionen gibt der Vortrag des Klägers jedoch nichts her. Das gilt namentlich im Hinblick auf die Überweisung von 90.000 DM. Denn der Betrag wurde weder den Kapitalkonten H.B.s gutgeschrieben noch den Kapitalkonten P.B.s belastet, so dass die Konten der beiden Gesellschafter in ihrem tatsächlichen Verhältnis zueinander unberührt blieben und eine bevorzugte Verlustzuweisung, von der H.B. steuerlich hätte profitieren können, daraus nicht abgeleitet werden konnte.

b) Der weitergehende Angriff des Klägers, der Beklagte habe H.B. von vornherein falsch beraten und nicht die Maßnahmen in die Wege geleitet, die die angestrebte steuerliche Entlastung hätten zeitigen können, dringt ebenfalls nicht durch. Auch insoweit gibt es nämlich keine Grundlage für ein schadenträchtiges Verhalten des Beklagten.

Allerdings war der Beklagte nach den Behauptungen des Klägers gehalten, die Verhältnisse in der OHG dahin gehend neu zu ordnen, dass gesellschaftliche Verluste in gesteigertem Maße für H.B. zu Buche schlugen. Insofern war es seine Sache, auf eine taugliche Änderung des Gesellschaftsvertrages und auf eine Verschiebung der Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter hinzuwirken.

Das konnte jedoch frühestens geschehen, nachdem der Beklagte in dieser Richtung erstmals angesprochen worden war; gemäß dem Klagevorbringen war das im Mai/Juni 1991. Mithin vermochte sich eine Neugestaltung der Verhältnisse keinesfalls vor diesem Zeitpunkt steuerlich auszuwirken, weil hier das steuerliche Rückwirkungsverbot (vgl. Schmidt, EStG 17. Aufl., § 2 Rdnr. 44, § 15 Rdnr. 452) entgegenstand. Infolgedessen scheidet eine Verantwortung des Beklagten für die Situation H.B.s bis zum Frühjahr 1991 in jedem Fall aus.

Ob es dem Beklagten dann möglich gewesen wäre, für den verbleibenden Teil des Jahres zugunsten H.B.s günstigere steuerliche Bedingungen zu schaffen und er dies dann ganz oder teilweise versäumte, kann dahinstehen. Denn der Kläger hat nicht zu erkennen gegeben, dass H.B. daraus ein Schaden entstanden wäre.

Deshalb haftet der Beklagte selbst dann nicht, wenn die Auffassung der Finanzverwaltung, eine Neuordnung der Gesellschaftsverhältnisse im Verlauf des Jahres 1991 hätte steuerlich nicht sofort, sondern erst von 1992 an greifen können, unzutreffend sein sollte.

Auch eine unmittelbar wirksame Veränderung der steuerlichen Rahmenbedingungen wäre für H.B. nämlich nur dann vorteilhaft gewesen, falls die Situation der OHG gerade in der zweiten Jahreshälfte 1991 eine vermehrte Verlustzuweisung gerechtfertigt hätte. Das ist indes nicht zu ersehen. Der Klagevortrag hat nicht ausgeräumt, dass mögliche Gesellschaftsverluste in 1991 lediglich in einem Zeitraum erwirtschaftet wurden, als eine erhöhte Beteiligung H.B.s an dem Geschäftsergebnis der OHG im Hinblick auf das steuerliche Rückwirkungsverbot noch keinesfalls hätte wirksam werden können.

c) Schließlich vermag sich der Kläger auch nicht darauf zu stützen, dass der Beklagte H.B. nicht auf die fehlenden Möglichkeiten hinwies, zu einer für die Zeit bis 1991 steuerlich Erfolg versprechenden Neugestaltung der Gesellschaftsverhältnisse zu gelangen, und so davon abhielt, **anderweitig steuersparende Maßnahmen – in Form von Immobilienkäufen oder des Erwerbs des OHG-Anteils von P.B. – zu treffen**. Denn es ist nicht erkennbar, dass insoweit ein Schaden eingetreten wäre. **Es ist bereits fraglich, ob H.B. zu den behaupteten Alternativmaßnahmen wirtschaftlich in der Lage gewesen wäre**; der Beklagte hat das im Senatstermin bestritten.

Unabhängig davon hat es der Kläger versäumt, die konkreten Vor- und Nachteile, die H.B. alternativ im Gesamtrahmen entstanden wären, darzulegen und so nachvollziehbare Einbußen aufzuzeigen.

d) Nach alledem ist im Hinblick auf die für bis 1991 geltend gemachten Schäden die vom Landgericht in den Vordergrund gerückte Verjährungseinrede nicht mehr von Gewicht. Das erübrigt eine Auseinandersetzung mit dem Vorbringen des Klägers, die Abtretung der streitigen Schadenersatzansprüche durch H.B. sei nicht erst durch die unter dem 10.9.1996 ausgestellte Urkunde erfolgt, die das Landgericht auf frühestens Juni 1997 datiert hat. Vielmehr habe die Abtretung bereits formlos im Jahr 1995 stattgefunden, so dass die gegen ihn laufende Verjährung durch das im Oktober 1996 eingeleitete Mahnverfahren habe unterbrochen werden können.

Gleichwohl sei insoweit bemerkt: Die neuerlich vom Kläger aufgestellte Behauptung findet weder in der Abtretungsurkunde noch in dem ihr vorangehenden Parteiverhalten eine Stütze und ist daher im Grunde ohne Substanz. Der Kläger ist vorprozessual nicht als Forderungsinhaber in Erscheinung getreten; die in Form anwaltlicher Schreiben vorliegende Korrespondenz ist auf Anspruchstellerseite regelmäßig im Namen H.B.s erfolgt.

2. Das Verhalten des Beklagten kann allenfalls eine Haftung für den Schaden H.B.s begründen, den der Kläger bezogen auf das Jahr 1992 einlagt. Auch dies scheidet jedoch im Ergebnis aus, weil hier zumindest die erhobene **Verjährungseinrede** greift.

Der Beklagte kann insoweit mit Erfolg die Vorschrift des § 68 StBerG ins Feld führen. Danach verjähren die aus dem Steuerberatungsverhältnis entspringenden Ersatzansprüche binnen drei Jahren nach ihrer Entstehung. Allerdings ist ein Anspruch noch nicht in dem Zeitpunkt entstanden, in dem der Mandant des Steuerberaters den jeweils maßgeblichen Steuertatbestand verwirklicht und so den Schaden ausgelöst hat (*in diese Richtung jedoch Kolbeck/Peter/Rawald, StBerG, § 68 Rdnr. 39*). Das ist vielmehr erst der Fall, wenn dem Mandanten der – seine Situation bestimmende, negative – Steuerbescheid bekannt gegeben worden ist; **die Unanfechtbarkeit (Bestandskraft) des Steuerbescheids spielt dann freilich keine Rolle mehr** (BGH, NJW 1995, 2108; BGH, NJW 1998, 1488, 1489; vgl. auch BGH, VersR 1993, 446, 447).

Vor diesem Hintergrund setzte die Verjährung des auf 1992 bezogenen Schadenersatzanspruchs H.B.s **am Ende des ersten Quartals 1994 ein, als das Finanzamt den gesonderten Feststellungsbescheid über dessen Verlustbeteiligung an der OHG erließ**. Sie war damit abgelaufen, bevor der Kläger als Zessionar des Anspruchs verjährungsunterbrechende Maßnahmen ergriff.

Das vom Kläger durchgeführte **Mahnverfahren**, das vor dem Ende der Frist eingeleitet wurde, ist insoweit **ohne Belang, weil es nur die Schadenersatzansprüche für die Zeit bis 1991, nicht aber die auf 1992 bezogenen Forderungen zum Gegenstand hatte**. Denn im Mahnverfahren wurden lediglich die Schäden geltend gemacht, die – nach dem Klagevortrag – bis 1991 entstanden waren; allein sie waren zunächst Gegenstand der Klage. Das macht die Anspruchsbe gründung des Klägers deutlich, die auf die Auf-

rechnungserklärung des Finanzamts wegen Einkommensteuernachforderungen für die Jahre 1989, 1990 und 1991 aufhob, für die der Kläger den Beklagten verantwortlich machte.

Eine gerichtliche Inanspruchnahme des Beklagten, die den Lauf der Verjährungsfrist für die für 1992 behaupteten Schadenersatzansprüche hätte unterbrechen können, erfolgte erst mit der im Jahre 1999 eingereichten Berufungsbegründungsschrift, in der die Klagegrundlage entsprechend erweitert wurde. Da war die Verjährung indessen schon längst eingetreten: Eine bis zu diesem Zeitpunkt verlängerte Verjährungsfrist unter dem Gesichtspunkt eines **sekundären Schadenersatzanspruchs**, weil der Beklagte H.B. nicht auf den – nach dem Klagevorbringen bestehenden – Schadenersatzanspruch und dessen drohende Verjährung hinwies (vgl. dazu BGH, NJW 1995, 2108, 2109; BGH, NJW 1998, 1488, 1489), kommt nicht in Betracht.

Dabei kann offen bleiben, in welchem Maße der Beklagte H.B. aufklärte. Denn der mögliche sekundäre Schadenersatzanspruch H.B.s, der ebenfalls der Verjährungsfrist des § 68 StBerG unterworfen war, entstand seinerseits spätestens 1995 und war deshalb 1999 ebenfalls verjährt.

Dabei bedarf es keiner Entscheidung, ob der maßgebliche Zeitpunkt für die Entstehung des Anspruchs ohne Weiteres dadurch eintrat, dass das Steuerberatermandat des Beklagten für H.B. 1994 endete (dafür wohl BGHZ 114, 150, 158 f.; BGHR-StBerG, § 68 – Sekundärhaftung 3; Kolbeck/Peter/Rawald, a.a.O., § 68 Rdnr. 102; a.A. BGH, NJW 1995, 2108, 2109 f.). Denn zumindest entstand der Anspruch, als sich H.B. dann – ebenso wie später der Kläger – im Hinblick auf die behaupteten Pflichtverletzungen des Beklagten anwaltlicher Hilfe bediente, wie dies jedenfalls 1995 geschah. Von diesem Zeitpunkt an lag nämlich die Verantwortung für die gerichtliche Geltendmachung primärer Schadenersatzansprüche ausschließlich bei H.B. und – in dessen Rechtsnachfolge – beim Kläger (vgl. BGH, NJW 1995, 2108, 2110).

3. Schließlich erweist sich auch das Schadenersatzverlangen aus behaupteten Pflichtverletzungen des Beklagten im Zusammenhang mit dem **Steuerstraßverfahren** gegen H.B. als nicht tragfähig. Der Kläger wirft dem Beklagten insoweit vor, dass dessen Mitarbeiterin H. dem Finanzamt im November 1994 unberechtigt belastendes Material überlassen habe.

Seinerzeit führte das Finanzamt eine Umsatzsteuersonderprüfung durch, die H.B. betraf. In deren Zuge suchten Bedienstete das Büro des Beklagten auf und ließen sich dort Jahresabschlüsse aushändigen, die der Beklagte für eine GmbH H.B. entworfen hatte. Anhand dieser Unterlagen wurde festgestellt, dass Steuererklärungen, die H.B. seinerseits aus eigenem Antrieb für die GmbH gefertigt hatte, falsch waren. Es kam zu einem Steuerstraßverfahren, in dessen Zuge H.B. Rechtsanwalts- und Steuerberaterkosten von 6.848,83 DM entstanden und er mit einer Geldbuße von 5.000 DM belegt wurde.

Es kann dahinstehen, ob der Schadenersatzanspruch, den der Kläger in dieser Beziehung in behaupteter Rechtsnachfolge H.B.s erhebt, überhaupt Gegenstand der vorgetragenen Abtretungsvereinbarungen ist, weil er seinen Ursprung nicht in einer „fehlerhaften Beratung“ des Beklagten hat. Denn der Anspruch, der – i.V.m. § 278 BGB – auf eine Verletzung der aus dem Steuerberatungsverhältnis entspringenden Verschwiegenheitspflicht gegründet wird, scheitert bereits als solcher.

Dabei ist schon zweifelhaft, ob eine vertragliche Verpflichtung des Beklagten, die dem Finanzamt überlassenen Unterlagen geheim zu halten, überhaupt gegenüber H.B. bestand, weil die Unterlagen im Rahmen einer Steuerberater Tätigkeit erstellt worden waren, die nicht für diesen, sondern für dessen GmbH erfolgt war.

Im Übrigen war der Beklagte von Gesetzes wegen nicht in der Lage, sich im Interesse H.B.s den Nachforschungen des Finanzamts zu versperren. **Denn die Schriftstücke wurden in einem Steuerprüfungsverfahren gegen H.B. herausverlangt. Deshalb war dem Beklagten die Möglichkeit versagt, zugunsten H.B.s von dem Aussage- und Herausgabeverweigerungsrecht des § 102 Abs. 1 Nr. 3a AO Gebrauch zu machen, § 104 Abs. 2 AO** (vgl. Kühl/Hofmann, AO 17. Aufl., § 105 Anm. 3).

Darüber hinaus entbehrt der geltend gemachte Ersatzanspruch auch deshalb der Grundlage, weil nicht feststellbar ist, dass die Aushändigung der Unterlagen schadenursächlich war. Der Beklagte hat vorgebracht, dass das Finanzamt ohnehin über hinreichende Erkenntnisquellen verfügt habe, um das Straßverfahren gegen H.B. durchzuführen. Das hat der Kläger nicht ausgeräumt.

(...)

Honorar des Steuerberaters

– Bindung an Rahmensatz
(AG Duisburg-Ruhrort, Urt. v. 4.8.2000 – 8 C 301/99)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Steuerberater, der jährlich die Buchführung und Bilanz erstellt, bedarf keines ausdrücklichen Auftrags zur Erstellung des Jahresabschlusses. Will der Mandant dessen Arbeit und den Honoraranspruch verhindern, muss er den Steuerberatungsvertrag rechtzeitig kündigen.

2. Hat der Steuerberater regelmäßig den Rahmensatz von 10/10 für die Bilanzrechnung in Ansatz gebracht, kann er im laufenden Jahr ohne Begründung nicht 30/10 ansetzen.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin war über mehrere Jahre Steuerberaterin der Beklagten und erledigte auch für sie die Buchführung, nachdem ihr die Buchführungsunterlagen von der Beklagten in einem Termin überreicht wurden. Dies war seit dem Jahre 1994 der Fall. Die Klägerin erledigte die Buchführung und Lohnabrechnung auch für das Jahr 1997. Sie fertigte den Jahresabschluss und weitere Arbeiten, die sie mit Rechnung vom 30.1.1998 und 23.2.1998 abgerechnet hat.

In der Zwischenzeit ist es zwischen den Parteien zum Streit gekommen. Die Klägerin ist der Ansicht, sie habe ihre Arbeiten ordnungsgemäß erbracht und ordnungsgemäß nach der Steuerberatergebührenverordnung abgerechnet.

(Anträge ...)

Die Beklagte bestreitet, den Auftrag für den Jahresabschluss 1997 gegeben zu haben. Sie behauptet, dass die Buchhaltungsunterlagen durch die Klägerin nicht ordnungsgemäß abgerechnet worden sind, obwohl um ein entsprechendes Gespräch gebeten worden sei. Im Übrigen weist sie darauf hin, dass die Rechnungen weit überhöht seien. In den Vorjahren habe die Klägerin sich mit wesentlich niedrigeren Beträgen zufrieden gegeben; insbesondere habe sie für den Jahresabschluss nur eine 10/10-Abrechnung vorgenommen.

(...)

Die Klage ist gemäß §§ 631, 606 BGB in Höhe von des aus dem Tenor ersichtlichen Betrages gerechtfertigt. Darüber hinaus ist sie nicht gerechtfertigt.

Aus den Gründen:

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme und nach dem Vortrag der Parteien ist erwiesen, dass die Beklagte die Klägerin auch mit der Fertigung des Jahresabschlusses beauftragt hat. Irgendwelche anderen Äußerungen sind von der Beklagten gegenüber der Klägerin nicht erfolgt. Die Klägerin ist für die Beklagte ohne schriftlichen Auftrag auch in der Zeit vorher tätig geworden. Ein **rechtzeitiges Stoppen der Arbeiten der Klägerin durch die Beklagte durch Kündigung**, die auch an die Klägerin zugegangen ist, ist nicht erwiesen.

Andererseits ist aufgrund des Ergebnisses der Beweisaufnahme und nach dem Vorbringen der Parteien das Gericht davon überzeugt, dass eine Bindung der Klägerin hier insoweit eingetreten ist, als sie den Jahresabschluss im Vorhinein nicht in Höhe einer 30/10-Gebühr, sondern in Höhe einer 10/10-Gebühr berechnet hat.

Insoweit weicht das Gericht von dem Gutachten des Sachverständigen ab, da die Frage einer Bindung der Klägerin im Hinblick auf die vorliegenden mündlichen Abreden und den Vortrag der Parteien nur durch das Gericht beurteilt werden kann. Der Sachverständige hat insoweit die Beantwortung der Frage zu Recht im Termin verneint.

Das Gericht ist der Ansicht, dass hier eine Bindung der Klägerin vorgelegen hat. **Das Gericht nimmt eine Bindung der Beklagten an die Abläufe der Vorjahre an.** Ebenso nimmt es eine Bindung der Klägerin an die Abläufe der Vorjahre an. Insoweit ist unstreitig, dass die Klägerin in den Vorjahren den Jahresabschluss nicht mit 30/10, sondern **mit 10/10** berechnet hat.

Im Übrigen steht nach dem Gutachten des Sachverständigen fest, dass die Arbeiten der Klägerin im Wesentlichen sachgerecht waren. Es sind gewisse Differenzen festzustellen im Hinblick auf den Zeitablauf und die Aufstellung des Jahresabschlusses. Dies ändert alles nichts daran, dass die von der Klägerin **gefertigten Jahresabschlüsse jedenfalls vorlagefähig** waren und nicht zu einer Schätzung durch das Finanzamt geführt hätten.

Der Sachverständige hat im Termin detailliert sein Gutachten erläutert. Das Gutachten entspricht den Regeln der Naturwissenschaft und der Steuerberatergebührenverordnung sowie der dazu ergangenen Rechtsprechung. Es wird im Wesentlichen auch nicht weiter angefochten. Insbesondere ist die Abweichung zu dem von der Beklagten im Nachhinein vorgenommenen Jahresabschluss jedenfalls nicht der Klägerin anzulasten.

In diesem Zusammenhang hat der Sachverständige zur Überzeugung des Gerichts auch insoweit ausgeführt, dass der Hauptunterschied bezüglich der Aktivierung des Erhaltungsaufwandes im Gegensatz zu der Einstellung des Erhaltungsaufwandes durch die Klägerin nur mit „Klimmzügen“ zu begründen gewesen wäre und im Zweifel daher vom Finanzamt nicht anerkannt hätte werden können. Im Übrigen weist er auch darauf hin, dass die tatsächlich vorgelegte Bilanz sich von der von der Klägerin gefertigten Bilanz in der Saldierung kaum unterscheidet.

Das Gericht folgt dem Gutachten bezüglich der Berechnung voll. Im Rahmen des Jahresabschlusses hat es die Position über 803,16 DM mit 27/10 herausgenommen und sodann auf eine 10/10-Gebühr erhöht. Es ergibt sich somit zu dem Gutachten des Sachverständigen ein Unterschied von 512,16 DM zuzüglich 16 % MwSt. = 594,11 DM. Insgesamt stehen der Klägerin somit aus beiden Rechnungen 4.172,31 DM zu.

Nur in dieser Höhe war die Klage begründet. Im Übrigen ist sie nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme nicht begründet und abzuweisen.

GI Hinweise

Managerverträge

Die vollständige Regelung der Vertragsverhältnisse von Managern eines Unternehmens ist von immenser Bedeutung. Fehlerhafte Vereinbarungen machen eine Trennung für beide Seiten schwierig und häufig auch teuer. Auch im laufenden Vertragsverhältnis können Unklarheiten über die wechselseitigen Rechte und Pflichten unnötigen Streit verursachen.

Das Werk verfolgt das Ziel, Führungskräften und Unternehmen zu zeigen, welche Punkte bei einer ausgewogenen Vertragsgestaltung zu beachten sind. So können überflüssige Streitigkeiten ver-

mieden werden. Ausführliche Musterverträge, die die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigen, bieten für nahezu jedes Problem Hilfestellung. Folgende Themen sind enthalten: Abschluss und Inhalt des Vertrages; Besonderheiten im Konzern; Auslandsverträge; Haftung; Besonderheiten bei Betriebsübergang, Umwandlung, Insolvenz und Altersversorgung; Beendigung.

Weber/Hoß/Burmester: Handbuch der Managerverträge, von RA und FA für Arbeitsrecht Ulrich Weber, RA und FA für Arbeitsrecht Dr. Axel Hoß, RA'in und FA'in für Arbeitsrecht Antje Burmester – Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2000, 634 Seiten, Lexikonformat, gebunden, 168,- DM/85,90 EUR, ISBN 3-504-42607-1

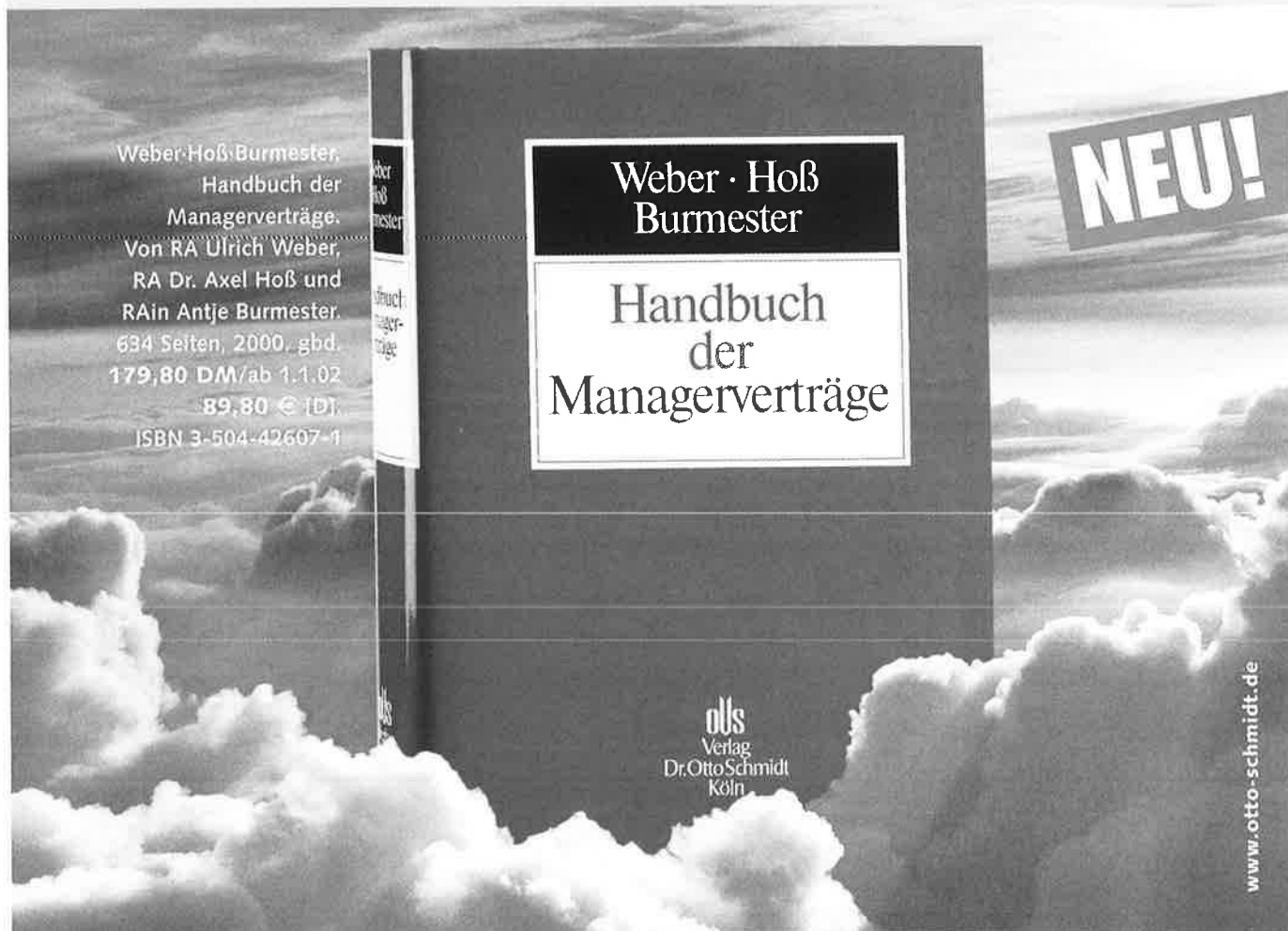
GmbH-Geschäftsführer

Die Festsetzung des Gehalts eines GmbH-Geschäftsführers ist eine risikoreiche Entscheidung. Kaum eine Betriebsprüfung vergeht ohne Auseinandersetzung über Höhe und Zusammensetzung der Vergütung. Wer in einer GmbH oder als ihr Berater mit der tatsächlichen Festsetzung von Geschäftsführer-Gehältern befasst ist, sollte deshalb auf den bewährten Leitfaden zurückgreifen, der nun bereits in 5. Auflage vorliegt.

Umfassend und praxisnah stellen die Autoren die zahlreichen möglichen Komponenten der Vergütung vor, von Tantiemen über Dienstwagen bis zur Altersversorgung. Berücksichtigt werden auch die verschiedenen Einflüsse auf die Gehaltshöhe wie beispielsweise Unternehmenssitz, Branche oder Lebensalter des Geschäftsführers. Insbesondere der Problematik der Üblichkeit der Vergütung im Hinblick auf die Vermeidung verdeckter Gewinnausschüttungen wird breiter Raum gewidmet. Die große Praxiserfahrung der Autoren gewährleistet beratungsrelevante Ausführungen. Für die konkrete Berechnung und Vertragsgestaltung besonders wertvoll wird das Werk durch aktuelles statistisches Material der Kienbaum-Vergütungsstudien sowie Musterverträge.

Evers/Näser/Grätz: Die Gehaltsfestsetzung bei GmbH-Geschäftsführern – Einflussgrößen, Komponenten und Entwicklung der Bezüge, bearbeitet von Dipl.-Ökonom Dr. Heinz Evers, Dipl.-Kfm. Christian Näser, Dipl.-Ökonom Dr. Franz Grätz – 5. überarbeitete Auflage, Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 2001, 157 Seiten, DIN A 5, broschiert, 78,- DM/39,88 EUR; für Mitglieder der Centrale für GmbH: 68,- DM/34,77 EUR, ISBN 3-504-63063-9

Wer oben einsteigt, muss sich gut vertragen.



Weber·Hoß·Burmester,
Handbuch der
Managerverträge.
Von RA Ulrich Weber,
RA Dr. Axel Hoß und
RAin Antje Burmester.
634 Seiten, 2000, gbd.
179,80 DM/ab 1.1.02
89,80 € [D].
ISBN 3-504-42607-1

Weber · Hoß
Burmester

Handbuch
der
Managerverträge

ols
Verlag
Dr. Otto Schmidt
Köln

www.otto-schmidt.de

Klare Verhältnisse im Anstellungsvertrag sind das A und O einer prosperierenden Beziehung zwischen Führungskraft und Unternehmen. Fehlerhafte oder unbedachte Regelungen lassen sich später kaum noch korrigieren. Sie enden im Streit, machen die Trennung schwierig und kommen beide Parteien teuer zu stehen. Das Handbuch der Managerverträge erläutert Ihnen bis ins Detail, wie man die Rechtsbeziehung für alle Fälle zukunftssicher macht. Und umfangreiche Musterverträge führen Ihnen schwarz auf weiß vor Augen, wie man sich in der Praxis gut verträgt.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt
Postfach 51 10 26 · 50946 Köln

BESTELLSCHEIN Fax: 0221 / 9 37 38-943

☐ Weber·Hoß·Burmester **Handbuch der Managerverträge**
gbd. **179,80 DM/ab 1.1.02 89,80 € [D]**, Preisstand: Juli 2001.
ISBN 3-504-42607-1

Name

Straße

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

Steuerberaterhaftung: Belehrungs-
bedürftigkeit • Anscheinsbeweis •
Rechtspraxis der Finanzverwaltung •
Gewerblicher Grundstückshandel
(BGH);
Notarhaftung: Vorweggenommene
Erbfolgeregelung • Vor- und Nach-
erben • Verfügungsrecht des
Vorerben • Ausgleichspflicht der
Miterben (BGH);

Vertretung widerstreitender Interes-
sen, § 43a BRAO: Unterlassungs-
anspruch • Identität der Sachverhalte
(OLG Frankfurt/Main);
Steuerberaterhaftung: Vorteils-
ausgleich • Steuerersparnis •
Zeichnung einer Schiffsbeteiligung
(OLG Düsseldorf)
und aktuelle Entscheidungen,
die von besonderer Bedeutung sind



Die Möglichkeiten der staatlichen
Eigenvorsorge auch über eine betrieb-
liche Altersversorgung abzudecken,
führt dazu, dass die betriebliche Alters-
versorgung derzeit wieder in aller
Munde ist. Vor allem, die mit dem
AVmG erfolgte Novellierung des
Gesetzes zur Verbesserung der betrieb-
lichen Altersversorgung (BetrAVG) und
die damit verbundenen Änderungen,
verbessern die Rahmenbedingungen
der betrieblichen Altersversorgung in
Deutschland ganz wesentlich.

Für Sie als Praxisinhaber und für alle
Unternehmer Ihrer Mandantschaft
bedeutet dies:

Wenn Sie im nächsten Jahr unnötige
Diskussionen mit jedem Ihrer Mit-
arbeiter vermeiden möchten, raten wir
Ihnen schon jetzt den Durchführungs-
weg für die betriebliche Altersversor-
gung zu bestimmen. Handeln Sie für
sich und Ihre Mandanten nach dem
Motto „Selbst gestalten, bevor man
gestaltet wird“.

Mit ProLife – dem Entgeltverzicht
über eine rückgedeckte Unterstützungs-
kasse bieten wir schon jetzt alle
Möglichkeiten eines hoch rentablen
Versorgungsinstrumentes, dass alle
Neuerungen der Betriebsrentennovelle
beinhaltet.

IMPRESSUM

GI Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts-
und steuerberatende Berufe
ISSN 1430-550 X

Herausgeber:

Gerling
Marketing Freie Berufe
50597 Köln
Telefon: (02 21) 1 44-53 54
Telefax: (02 21) 1 44-51 55

Redaktion:

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt,
Fachanwalt für Steuerrecht
(verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise:

12-mal im Jahr, jeweils am
10. des Monats

Verlag:

Verlag Dr. Otto Schmidt KG,
Unter den Ulmen 96-98, 50968 Köln

Layout und Satz:

Type Connection,
Bonner Straße 48, 50374 Erftstadt

Druck:

Westholsteinische Verlagsdruckerei
Boyens & Co.,
Wulf-Isebrand-Platz 1-3, 25746 Heide

Bezugsmöglichkeiten:

Nur im Jahresabonnement.
Preis: DM 96,- jährlich inklusive
Mehrwertsteuer und Versandkosten.
Die Postgebühren sind jeweils ein-
geschlossen. Bestellungen nimmt
der Herausgeber entgegen.